

Frank Wolff

In der Teilung vereint

Neue Ansätze der deutsch-deutschen Zeitgeschichte

Zwei Jahre nach seinem Rauswurf aus der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sinnierte der Schriftsteller Thomas Brasch 1978 in einer Westberliner Kneipe über das Leben im geteilten Deutschland. Anders als viele seiner Weggefährten, die ebenfalls nach Unterzeichnung der Biermann-Petition 1976 aus der DDR emigrieren mussten, haderte er weniger mit der schweren Wahl zwischen beiden Systemen. Ihn beschäftigte vielmehr die transzendierende Grundfrage, »welche Chancen die kaputte deutsche Geschichte nach 1945 überhaupt noch übriggelassen hat«.¹ Während sich die einen also an den Vor- und Nachteilen der einen oder anderen Seite abarbeiteten, fragten wenige Dritte nach der letztlich einenden Suche eines sinnvollen Weiterlebens nach dem Weltverbrechen.

Diese Trias an Optionen charakterisiert auch zentrale Ansätze der deutschen Zeitgeschichtsforschung. Ein Teil der Arbeiten fokussiert auf jeweils einen der beiden Staaten, um darin Politik und Gesellschaft als deutsche Nachkriegserfahrung zu erfassen. Somit entstanden in den letzten Jahrzehnten klar voneinander getrennte Forschungskorpora der Zeitgeschichte der Bundesrepublik und der DDR. Diesen Studien gilt die Lage auf der anderen Seite der Grenze bestenfalls als Kontext; grenzüberschreitende Beziehungen geraten in den Hintergrund. Eine dritte und an Stärke gewinnende Perspektive nimmt nun die integrierte deutsche Geschichte in den Blick und fragt nach dem Deutschland, das in seiner Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg entstand. Dabei verschiebt sich der Blickwinkel zunehmend von der anfänglich dominanten Politikgeschichte der deutsch-deutschen Beziehungen, also der Geschichte der politischen Annäherung zwischen beiden Staaten, hin zu einer interdependenten Kultur- und Sozialgeschichte.

Dieser Wandel ist bemerkenswert. Nachdem die DDR Geschichte wurde, griff die bundesdeutsche historiografische Analyse auf das bereitliegende Dogma der Totalitarismusforschung zurück.² Da die Öffnung der Archive und die damit einhergehende Pluralisierung des Quellenmaterials aber ungefähr zeitgleich mit der kulturhistorischen Wende in den Geschichtswissenschaften geschahen, entstand schnell eine starke kulturhistorische Gegenströmung. Sie konzentrierte sich auf die Beziehung zwischen Kultur, Gesellschaft und Macht im ›real existierenden Sozialismus‹ und entwickelte einen differenzierten Blick auf die DDR als Erfahrungsraum. Im Unterschied zu anderen Feldern der Geschichtswissenschaft gab die DDR-Geschichte aber (auch aufgrund eines teils explizit formulierten, teils stillschweigend akzeptierten Aufarbeitungsauftrags) den politik- und gesellschaftshistorischen Grundgedanken nie auf, sondern verstand diesen in innovativer Weise als Dreh- und Angelpunkt auch kulturhistorischer Fragestellungen.³

1 Zit. in: Jörg-R. Mettke, »Gleicher Abstand zu beiden Seiten«, in: Der SPIEGEL, 17.7.1978, S. 141–146, hier: S. 146.

2 Für eine frühe Perspektive von außen vgl. vor allem A. James McAdams, *East Germany and Deterrence. Building Authority after the Wall*, Cambridge/New York etc. 1985.

3 Vgl. zum Beispiel *Beatrix Bouvier*, *Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker*, Bonn 2002; *Hagen Findeis*, *Das Licht des Evangeliums und das Zwielicht der Politik. Kirchliche Karrieren in der DDR*, Frankfurt am Main/New York 2002; *Patrice G. Poutrus*, *Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumententwicklung in der DDR*, Köln/Weimar etc. 2002; *Clemens Vollnhals/Jürgen Weber* (Hrsg.), *Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur*, München 2002; *Dorothee Wierling*,

Indem diese Arbeiten die Geschichte der DDR als eigene Facette, und nicht als irrelevanten Irrweg der deutschen Geschichte etablierten, rückte auch die Frage nach den Möglichkeiten einer historiografischen Integration in den Vordergrund. Vor allem die Arbeiten Christoph Kleßmanns trugen zur gedanklichen Öffnung bei, indem sie eine doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte in Form einer »asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte« beider Staaten konzipierten.⁴ Demnach standen beide Staaten in einer asymmetrischen Beziehung, die in der Wechselseitigkeit ihres Ent- und Bestehens untersucht werden sollte. Zugleich baut dieser Ansatz aber auf klassischen Denkmustern der Politikgeschichte auf und fokussiert weniger auf die Nachkriegserfahrungen im geteilten Deutschland, sondern vielmehr auf die Nachkriegsordnung, deren Grundzug das in Gegnerschaft gedoppelte Staatswesen gewesen sei. Was dies allerdings für die Erfahrungswelten im geteilten Land bedeutete, wurde vorerst nur selten empirisch untersucht. Ohne weitere Ausführungen bestand die Grundannahme, »dass das Trennende in der fünfundvierzigjährigen Geschichte der Teilung alles in allem überwog«.⁵

Führt aber nicht gerade obsessiv betriebene Trennung gegen alle Intentionen eng zusammen? Denn ungeachtet der Frage, welche Beziehungsgeschichte nicht von Unterschieden, Asymmetrien und Machtfragen geprägt ist, bereitete Kleßmanns Ansatz den Boden für weitere Studien, die gedanklich an Staaten gebundene Parallelgeschichte empirisch zu einer in Teilung gelebten Parallelgeschichte ausweiten. Eine wachsende Zahl an Arbeiten untersucht Annäherung und Abgrenzung als zwei Seiten der gleichen zeithistorischen Münze und erkundet Wege, diese Janusköpfigkeit historiografisch zu fassen.⁶ Diese neuen Ansätze, deren eindrucklichste Exemplare bemerkenswert häufig in ersten Büchern jüngerer

Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR – Versuch einer Kollektivbiographie, Berlin 2002; *Franca Wolff*, Glasnost erst kurz vor Sendeschluss. Die letzten Jahre des DDR-Fernsehens (1985–1989/90), Köln/Weimar etc. 2002; *Hans-Hermann Hertle/Stefan Wolle*, Damals in der DDR. Der Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat, München 2004; *Arnd Bauerkämper*, Die Sozialgeschichte der DDR, München 2005; *Stefan Wolle*, Aufbruch in die Stagnation. Die DDR in den Sechzigerjahren, Bonn 2005; *Katharina Kunter*, Erfüllte Hoffnungen und zerbrochene Träume. Evangelische Kirchen in Deutschland im Spannungsfeld von Demokratie und Sozialismus (1980–1993), Göttingen 2006; *Elke Stadelmann-Wenz*, Widerständiges Verhalten und Herrschaftspraxis in der DDR. Vom Mauerbau bis zum Ende der Ulbricht-Ära, Paderborn/München etc. 2009; *Heike Wolter*, »Ich harre aus im Land und geh, ihm fremd«. Die Geschichte des Tourismus in der DDR, Frankfurt am Main/New York 2009; *Andreas Stirn*, Traumschiffe des Sozialismus. Die Geschichte der DDR-Urlaubsschiffe 1953–1990, 2., durchges. Aufl., Berlin 2011; *Mary Fulbrook*, Dissonant Lives. Generations and Violence through the German Dictatorships, Oxford/New York etc. 2011.

4 *Christoph Kleßmann/Hans-Jürgen Misselwitz/Günter Wichert* (Hrsg.), Vorwort, in: *dies.* (Hrsg.), Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte, Berlin 1999, S. 9–14, hier: S. 12; vgl. auch: *Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver*, Die doppelte deutsche Zeitgeschichte, in: *dies.* (Hrsg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998, S. 9–16.

5 Vgl. *Hermann Wentker*, Zwischen Abgrenzung und Verflechtung. Deutsch-deutsche Geschichte nach 1945, in: *APuZ*, 2005, H. 1–2, S. 10–17.

6 Dabei ist aber eine weitere Asymmetrie entscheidend, die weniger die historischen Beziehungen zwischen beiden Staaten betrifft, sondern die Bedingungen ihrer Erforschung. Während für die DDR-Geschichte seit den 1990er-Jahren die einmalige Situation der Verfügbarkeit letztlich sämtlicher Aktenbestände eines Staats bis in die Tiefen der Geheimdienste besteht, bleibt der Zugang zur Geschichte der Bundesrepublik limitiert und nähert sich auch im Lichte des derzeitigen Ablaufens der üblichen Verschließungsfristen von 30 Jahren keineswegs an. Dazu kommen strukturelle Unterschiede, die vor allem aus dem Aufarbeitungsauftrag und daraus folgenden Förderstrukturen erwachsen. Dieser ermöglicht einerseits Forschung und setzt dabei viel stärker politisch denn wissenschaftlich motivierte Schwerpunkte.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und an Lehrstühlen jenseits der Zentren der Aufarbeitung der DDR-Geschichte ausgearbeitet werden, hinterfragen den tradierten analytischen Staatsfokus, ohne die Relevanz des Staats als Akteur zu bestreiten.⁷ Es entstehen Nahaufnahmen, die die Ambivalenzen von Teilung und Annäherung sensibel aufzeichnen.

Dieser Perspektivwechsel in der deutschen Zeitgeschichte vollzieht sich jedoch unaufdringlich und deutlich weniger kontrovers als der wegweisende Umbruch von der Totalitarismusforschung zur Gesellschaftsgeschichte der DDR vor rund zwei Jahrzehnten. Er ist dennoch keineswegs weniger grundlegend und steht darum im Zentrum dieses Forschungsberichts. Dieser fragt anhand einer Auswahl aktueller Literatur zur deutsch-deutschen Geschichte nach den Schwerpunkten, Interessengebieten und Ansätzen dieser fragmentierten, aber dennoch zusammenhängenden Geschichts- und Historiografielandschaft. Rund 30 Jahre nach dem Fall der Mauer füllt die deutsche Zeitgeschichte Bibliotheken. Sie beschäftigt ganze Institute und zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von Frankfurt an der Oder bis Kalifornien sowie nach wie vor viele persönlich Betroffene, deren Interesse oft aus einer spezifischen Teilungs- oder Diktaturerfahrung erwächst. Hier sind die Übergänge zwischen der internationalisierten akademischen Wissenschaft, der Publizistik und der Regionalforschung fließend. Da eine Gesamtbetrachtung aller Tendenzen weder möglich noch sinnvoll ist, folgt dieser Beitrag gezielt der Frage, wie sich jüngere Arbeiten aller Couleur dieser Beziehungsgeschichte nähern.⁸ Als Grundlage dienen dabei sowohl Bücher, die sich gezielt der DDR oder der bundesrepublikanischen Geschichte widmen, als auch solche, die explizit deutsch-deutsche Verbindungen in den Blick nehmen.

Durch die Heterogenität der hier betrachteten Arbeiten lassen sich bemerkenswerte Tendenzen im Blickwechsel auf eine durchgrenzte Gesellschaft aufzeigen. Diese werden im Folgenden in drei Großabschnitten, die gedanklich voneinander abgrenzbare Schwerpunktfelder beinhalten, vorgestellt. Erstens betrachte ich, wie sich die Geschichtswissenschaft der komplexen Beziehung zwischen Staat, Politik und Gesellschaft widmet, um die Formation neuer Staaten und Gesellschaften zu verstehen. Besonders interessieren mich dabei die Formierung von Ordnung und Macht, daran angebunden die Dynamiken des Grenzaufbaus, der Abgrenzung durch Feindbilder sowie die Dynamiken von Widerstand und Konflikt. Dies vertiefe ich im zweiten Abschnitt anhand von Themen, die die Facetten der Verflechtung ersichtlich werden lassen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf politischen Verflechtungen. Es wird deutlich, wie heterogen dieses Forschungsfeld geworden ist. Der Abschnitt setzt am klassischen deutsch-deutschen Thema der Annäherungspolitik an, weitet dies aber auf die internationale staatliche Einbindung aus. Es folgen Arbeiten zu parteiprogrammatischen, kulturellen und ökonomischen Beziehungen, bevor sich der dritte und letzte Großabschnitt mit dem konfliktreichen Themenfeld von Mobilität und Migration beschäftigt. Aufbauend auf Arbeiten zur Alltagsgeschichte der Verflechtung befrage ich Bücher zur Einwanderungspolitik, zur Ausreise aus der DDR, zur Übersiedlung in die DDR und zum ›Freikauf‹, inwieweit diese ihren per se grenzüberschreitenden Untersuchungsgegenstand auch als deutsch-deutsche Geschichte konzipieren.

7 Vgl. zum Beispiel *Edith Sheffer*, *Burned Bridge. How East and West Germans Made the Iron Curtain*, Oxford/New York etc. 2011; *Sagi Schaefer*, *States of Division. Border and Boundary Formation in Cold War Rural Germany*, Oxford 2014; *Katrin Hammerstein*, *Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich (Diktaturen und ihre Überwindung im 20. und 21. Jahrhundert)*, Wallstein Verlag, Göttingen 2017, 591 S., brosch., 49,90 €; auf weitere Werke wird im Laufe des Textes verwiesen.

8 Der Schwerpunkt liegt dabei auf Publikationen ab dem Erscheinungsjahr 2011, seit dem die für diesen Beitrag relevanten Veröffentlichungen deutlich zunehmen.

I. DEUTSCH-DEUTSCHE GESELLSCHAFTSFORMATIONEN

Ordnung und Macht

Eine zentrale Frage der aktuellen Forschung ist, warum die DDR überhaupt 40 Jahre lang bestand, wenn sie, wie viele Arbeiten der 1990er-Jahre darstellten, von Gewalt und Ineffizienz geradezu zernagt wurde. Einen entscheidenden Schritt unternahm hierfür Andrew I. Port in seiner Lokalgeschichte der Gesellschaftsbeziehungen in Saalfeld, mit der er zeigte, dass nicht nur Druck ›von oben‹, sondern auch eine Willigkeit der Arbeiter das System am Leben hielt.⁹ Ihm zufolge stabilisierten sich sowohl das oft beschriebene Zusammenspiel zwischen Herrschern und Beherrschten in der DDR als auch die Beziehungen der Arbeiter untereinander. Gegen Thesen einer »durchherrschten« Gesellschaft verdeutlicht Port damit, dass die Akzeptanz des Staats auf der einen und des Murrens auf der anderen Seite entscheidend dazu beitrug, eine Gesellschaft der DDR auszuformen.¹⁰

An solche Gedanken schließt ein von Mary Fulbrook edierter Sammelband an, der fragt, wie sich in der DDR Herrschaft »normalisierte«.¹¹ Der Begriff der Normalisierung ermöglicht eine analytische Zuspitzung. Es geht ihr dabei nicht darum, Herrschaft in der DDR als gewöhnlich darzustellen, sondern auf jene Dynamiken zu blicken, mit denen diese Herrschaft alltäglich wurde und trotz aller Dissonanzen lange funktionierte, da die Bevölkerung sie großteils als gegeben akzeptierte.¹² Dies erklärt sich nicht allein durch Machtausübung, sondern durch einen komplexen sozialen und politischen Prozess. Um dieses instruktive, aus den Sozialwissenschaften entlehene und sehr passende Konzept für die DDR umzusetzen, gliedert Fulbrook die Beiträge anhand zweier Schwerpunkte. Ein erster widmet sich der Stabilisierung und der notwendigen, aber auch Stillstand hervorbringende Routinisierung in Staat, Wirtschaft und Kultur. Hervorgehoben seien hier zum Beispiel die Beiträge von Georg Last zur komplexen Beziehungsgeschichte zwischen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und Partei im Bezirk Erfurt und die von Jan Palmowski skizzierte Ambivalenz des Heimatbegriffs in der DDR.¹³ Routine erlaubte neue Formen der emotionalen Anpassung und Gewöhnung bis hin zur Inszenierung der DDR als (neu erfundene) Heimat. Diese erlaubte in einem Staat, der zeitgleich auch von Massenflucht gekennzeichnet war, einerseits Verortung, schuf andererseits aber auch Raum für zahlreiche traditionelle (oder eher traditionalistische) kulturelle Praktiken, die mit dem revolutionären Selbstverständnis des Arbeiter- und Bauernstaats konfligierten. Ein zweiter Schwerpunkt behandelt die Internalisierung von Herrschaft durch Alltagspraktiken. Besonders eindrücklich kann hier zum Beispiel Alf Lüdtker aus seiner Arbeit schöpfen und generalisierend die lebensweltliche »Normalisierung« von Ambivalenzen in der DDR darlegen.¹⁴

Die Beiträge des Buches beschränken sich auf die 1960er- und 1970er-Jahre und damit auf eine Phase, in der die »Normalisierung« begrenztem Gegendruck ausgesetzt war. Unkri-

9 Andrew I. Port, *Conflict and Stability in the German Democratic Republic*, Cambridge/New York etc. 2007; auf Deutsch erschienen als: *ders.*, *Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland*, Berlin 2010.

10 Zum Beispiel ebd., S. 23–27 und 208f.

11 Mary Fulbrook (Hrsg.), *Power and Society in the GDR, 1961–1979. The ›Normalisation of Rule?‹*, Berghahn Books, New York/Oxford 2013 (zuerst 2009), VIII + 339 S., kart., 24,00 £.

12 Dies., *The Concept of ›Normalisation‹ and the GDR in Comparative Perspective*, in: ebd., S. 1–32.

13 Georg Last, *Rural Functionaries and the Transmission of Agricultural Policy. The Case of Bezirk Erfurt from the 1960s to the 1970s*, in: ebd., S. 76–101; Jan Palmowski, *Learning the Rules. Local Activists and the Heimat*, in: ebd., S. 151–179.

14 Alf Lüdtker, *Practices of Survival – Ways of Appropriating ›the Rules‹. Reconsidering Approaches to the History of the GDR*, in: ebd., S. 181–193.

tisch angewandt tendiert das Konzept darum zur Selbstbestätigung, wenn Mark Allinson zum Beispiel dem Jahr 1977 attestiert, »[b]y any criteria [...] a year of routines for the GDR« gewesen zu sein.¹⁵ Blickt man jedoch aus einer anderen Perspektive auf das Jahr 1977, deuten der Nachhall der Biermann-Ausbürgerung, die infolge der Schlussakte von Helsinki nun massenhaft einsetzende Ausreisewilligenbewegung, die globale Neubelebung der Menschenrechte und die entsprechende Reform und Stärkung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in diesem Jahr auf etwas ganz anderes hin.¹⁶ Wie sich diese »Normalisierung« der Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) also zur zeitgleichen Internationalisierung und zur Zunahme von internem Widerspruch durch Opposition und Ausreise verhielt, bleibt durch den Fokus auf die positiv sinnstiftenden Binnenwelten der DDR ungeklärt.

Einen gänzlich anderen gesellschaftshistorischen Ansatz wählt Ulrich Herbert in seiner monumentalen »Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert«.¹⁷ Das Buch verdient im Rahmen dieses Forschungsberichts Aufmerksamkeit, da der letzte derartige Versuch aus der Feder Hans-Ulrich Wehlers die DDR bekanntlich ins Nirgendwo einer sozialhistorisch irrelevanten »Sackgasse« zu bannen versuchte.¹⁸ Herbert führt seine Darstellung entlang einer sich lange vor der Teilung entwickelnden Industriemoderne, die Deutschland das ganze 20. Jahrhundert hindurch in alle Wirrungen hinein prägen sollte. Besonders ausführlich beschäftigt er sich dabei mit dem, was Tony Judt »Postwar« nannte, also die lange Zeit des Wiederaufbaus nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Wie nähert er sich dabei der Teilungsgeschichte? Erstens fokussiert er vor allem auf die Bundesrepublik und blendet eher punktuell auf das »sozialistische Experiment« auf der anderen Seite der Grenze um. Damit richtet er die Strukturen der Teilung und der deutsch-deutschen Erfahrungen an der bundesdeutschen Wirtschaftsentwicklung aus. Dies ermöglicht eine interessante, aus der Wirtschaftsgeschichte ableitbare Gegenüberstellung der sozialen Entwicklungen, geht aber zulasten eines scharfen Blicks auf viele ebenso zentrale Aspekte der Teilungsgeschichte, von der Ost- und Westintegration über Kulturkonflikte in der DDR, die Heterogenität der Opposition und die dauerhaften Kontakte zwischen beiden Staaten und des – sicher auch ökonomisch motivierten – Austauschs auf der Gesellschaftsebene bis hin zur Migration. Obgleich er keineswegs dem wehlerschen Paradigma folgt, gerät so nicht nur die DDR, sondern die Teilung selbst zu einem Randthema der deutschen Geschichte. Dies wird zweitens durch die Gliederung seiner Nachkriegsgeschichte bestärkt, die in zwei Teile, in eine Zeit vor und nach der Ölkrise 1973, zerfällt. Der Mauerbau, der Grundlagenvertrag, ja sogar die Revolution 1989 werden so zu Bestandteilen übergeordneter, west-

15 Mark Allinson, 1977: The GDR's Most Normal Year?, in: ebd., S. 253–277, hier S. 253; ähnlich: Ina Merkel, The GDR – A Normal Country in the Centre of Europe, in: ebd., S. 194–203.

16 Vgl. hierzu: Peter Roos (Hrsg.), Exil: Die Ausbürgerung Wolf Biermanns aus der DDR. Eine Dokumentation, Köln 1977; Frank Wolff, Deutsch-deutsche Migrationsverhältnisse. Strategien staatlicher Regulierung 1945–1989, in: Jochen Oltmer (Hrsg.), Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin/Boston 2016, S. 773–814; Samuel Moyn, The Last Utopia. Human Rights in History, Cambridge/London 2010; Hans-Hermann Lochen/Christian Meyer-Seitz, MfS-Befehl Nr. 6/77 vom 18. März 1977, in: dies. (Hrsg.), Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger. Dokumente der Stasi und des Ministeriums des Innern, Köln 1992, S. 21–71; Bernd Eisenfeld, Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung, Berlin 1995; Daniela Münkler, Die DDR im Blick der Stasi 1977. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2012.

17 Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert (Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert), Verlag C. H. Beck, München 2014, 1451 S., geb., 39,95 €.

18 Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München 2008, S. XVI; für einen luziden Erklärungsversuch dieser Fehleinschätzung: Paul Nolte, Hans-Ulrich Wehler: Historiker und Zeitgenosse, München 2015, S. 87–94.

lich dominierter Wirtschaftsentwicklungen. Dies vermag eindrücklich die Dominanz des westlichen Wirtschaftsmodells als einer modernebringenden Kraft zu bestätigen, erlaubt aber nur ein begrenztes Verständnis sowohl für die Dramatik zentraler politischer und gesellschaftlicher Episoden der deutschen Geschichte im Kalten Krieg als auch für die einseitigen und bestehenden Differenzen in Deutschland. So entsteht das faszinierende Bild einer suchenden (und findenden) Bundesgesellschaft, die den bundesdeutschen Blick auf Teilung und die Existenz der DDR eher reproduziert denn systematisch hinterfragt.

Ganz anders vertreten dies drei Sammelbände, die sich der deutschen Nachkriegsgeschichte als Teilungsgeschichte widmen. Dabei setzt der älteste der vorliegenden Bände an der Frage an, wie eine »integrierte Nachkriegsgeschichte« im Schulunterricht vermittelbar ist.¹⁹ Der von Christoph Kleßmann und Peter Lautzas herausgegebene Band erschien bereits 2006 und in der Rückschau zeigt sich deutlich seine Brückenfunktion im Übergang von der politikhistorisch dominierten Parallelgeschichte zur integrierten deutsch-deutschen Kulturgeschichte. Einerseits finden sich in ihm wegweisende wissenschaftliche Ansätze und Gedanken, andererseits ein starkes Unbehagen, eine verbundene Geschichte zu vermitteln, die nicht gleichsetzt. Auch bleibt er vage, weil viele Beiträge ihre Untersuchungsgegenstände (seien es Flucht und Grenze, sei es die jeweilige Herrschaftslegitimation oder die Arbeit der Geheimdienste) aus der Logik der DDR-Forschung heraus entwickeln. Dies sind letztlich eher Versuche, Schwerpunkte der DDR-Forschung in ein bundesdeutsch geprägtes Geschichtsbild zu integrieren, als der Versuch, eine gemeinsame Perspektive zu entwerfen.²⁰ Zugleich deuten sich in diesem Band aber weiterführende Ansätze an, die, wie etwa Thomas Lindenbergers Beitrag zu »Deutschland als Grenzregion des Kalten Krieges«, die deutsche Teilung als regionalen Bestandteil eines globalen, weit über DDR und Bundesrepublik hinausgehenden Konflikts verstehen und so Gemeinsamkeiten des Lebens in dieser atomar bewaffneten Grenzzone andeuten.²¹

Deutlich weiter gehen die beiden später erschienenen Sammelbände, die sich, um den brillanten Titel des einen zu zitieren, Ost- und Westdeutschland als »geteilte Geschichte« im doppelten Wortsinne nähern. Dabei ordnet der erste, von Tobias Hochscherf, Christoph Laucht und Andrew Plowman herausgegebene Band die deutsche Erfahrung in den Kontext des Kalten Kriegs ein.²² Diesem nähern sich die meisten Beiträge mit kulturhistorischen Perspektiven, die eine Vielzahl an Schnittstellen zwischen beiden Ländern entdecken. Letztlich führt dies in vielen der Beiträge zu dem Argument, dass beide deutsche Staaten gemeinsam als ein geteilter Erfahrungsraum im Kalten Krieg zu sehen seien. Dies beinhaltet strukturelle Gemeinsamkeiten wie die Lage im Zentrum eines potenziellen atomaren Konflikts, der zur gegenseitigen Abgrenzung genutzte Umgang mit der NS-Vergangenheit und der ebenfalls in die Systemkonkurrenz eingebettete Kontakt und Austausch durch Film und Sport.²³ Diesen hochgradig anregenden Blick auf die Ambivalenzen ver-

19 Christoph Kleßmann/Peter Lautzas (Hrsg.), *Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Phänomen*, Wochenschau-Verlag, Schwalbach im Taunus 2006, 295 S., kart., 24,80 €.

20 Zum Beispiel Klaus Fieberg, *Die innerdeutsche Grenze als Thema des Geschichtsunterrichts*, in: ebd., S. 113–131; Martin Sabrow, *Herrschaftslegitimation im geteilten Deutschland*, in: ebd., S. 58–77; Roger Engelmann/Axel Janowitz, *Die DDR-Staatssicherheit als Problem einer integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte*, in: ebd., S. 245–280.

21 Thomas Lindenberger, »Zonenrand«, »Sperrgebiet« und »Westberlin« – *Deutschland als Grenzregion des Kalten Krieges*, in: ebd., S. 97–112.

22 Tobias Hochscherf/Christoph Laucht/Andrew Plowman (Hrsg.), *Divided, but not Disconnected. German Experiences of the Cold War*, Berghahn Books, London 2010, 276 S., kart., 24,00 £.

23 So findet sich hierin auch eine englische Version des bereits erwähnten Beitrags: Thomas Lindenberger, *Divided, but not Disconnected. Germany as a Border Region of the Cold War*, in: ebd., S. 11–33; weiterhin: Bill Niven, *The Sideway Gaze: The Cold War and Memory of the Nazi*

tief ein von Frank Bösch herausgegebener Sammelband, der sich auf die Teilungserfahrungen von 1970 bis ins Jahr 2000 konzeptionell (aber leider nicht stringent in den Beiträgen) aus einer deutsch-deutschen Perspektive, auch über die Existenz der Mauer hinaus, widmet.²⁴ Ein innovativer Blick auf die deutsch-deutsche Geschichte gelingt vor allem durch die Verschiebung von der klassischen staatspolitisch gerahmten Zeitgeschichte auf die zahlreichen genuin grenzüberschreitenden Aspekte, die das Leben im geteilten Land prägten²⁵, sei es die Verflechtung in Konkurrenz in Zeiten ökonomischer Krisen und Computerisierung, sei es durch die Modernisierung der Lebenswelten durch Individualisierung, Unterhaltungs- und Konsumkultur.²⁶ Verflechtungen zeigen sich so nicht durch eine Beziehungsgeschichte der beiden staatlichen Apparate, sondern dadurch, dass die Autorinnen und Autoren ihre (stark kulturhistorisch geprägten) Fragestellungen so anlegen, dass sie per se grenzüberschreitende Gegenstände in den Blick bekommen und diese auch konsequent derart untersuchen. Besonders deutlich wird der Ansatz einer »geteilten Geschichte« dabei an der Umweltgeschichte, inklusive der Umweltpolitik und der Umweltbewegungen, was jüngst auch über diesen Sammelband hinaus zu wegweisender Forschung führte.²⁷ Beide Sammelbände repräsentieren damit die Fortentwicklung der Zeitgeschichte hin zu einer gelebten Verflechtungsgeschichte jenseits der »Systemkonkurrenz«.²⁸ Aufgrund der Kürze der Beiträge fungieren sie vor allem als Wegweiser. Die Aufsätze können generelle Ansätze aufzeigen, die einer weiteren Ausarbeitung und der Inklusion deutsch-deutscher Erfahrungswelten in die Narrative der deutschen Zeitgeschichte bedürfen.

Zugleich Rand und Mitte: Deutsch-deutsche Grenzfragen

All diese Bemühungen um eine integrierte deutsch-deutsche Zeitgeschichte kommen jedoch nicht um die gewalthafte Präsenz der innerdeutschen Grenze und die Berliner Mauer herum. Hier verlagert sich der Blick der Forschung traditionell stark nach Osten. Die Verortung der Grenze als Rahmen einer Erfahrungswelt bezieht sich in der deutschsprachigen Forschung fast ausschließlich auf die DDR. Im Unterschied zu den seit den 1990er-Jahren erschienenen frühen Studien verlagern die hier untersuchten Arbeiten den Blick weg vom reinen Gewaltort auf die von gegenseitigem Misstrauen und mehrfacher inter-

Past, 1949–1970, in: ebd., S. 49–62; *Rosemary Stott*, Films from the ›Other Side‹. The Influence of the Cold War on West German Feature Film Imports in the GDR, in: ebd., S. 163–175.

24 *Frank Bösch* (Hrsg.), *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*, Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 2015, 491 S., geb., 34,99 €.

25 *Ders.*, *Geteilt und verbunden. Perspektiven auf die deutsche Geschichte seit den 1970er Jahren*, in: ebd., S. 7–37.

26 Zum Beispiel *Ralf Ahrens/André Steiner*, Wirtschaftskrisen, Strukturwandel und internationale Verflechtung, in: ebd., S. 79–116; *Rüdiger Hachtmann*, Rationalisierung, Automatisierung, Digitalisierung. Arbeit im Wandel, in: ebd., S. 195–238; *Jürgen Danyel/Annette Schuhmann*, Wege in die digitale Moderne. Computerisierung als gesellschaftlicher Wandel, in: ebd., S. 283–320; *Christopher Neumaier/Andreas Ludwig*, Individualisierung der Lebenswelten. Konsum, Wohnkultur und Familienstrukturen, in: ebd., S. 239–282; *Frank Bösch/Christoph Classen*, *Bridge over troubled Water? Deutsch-deutsche Massenmedien*, in: ebd., S. 449–488.

27 *Frank Uekötter*, Ökologische Verflechtungen. Umriss einer grünen Zeitgeschichte, in: ebd., S. 117–152; *Astrid M. Eckert*, Geteilt, aber nicht unverbunden. Grenzgewässer als deutsch-deutsches Umweltproblem, in: *VfZ* 62, 2014, S. 69–100; vgl. hierzu auch *Per Högselius* *Betrachtung der Geschichte des Kernkraftwerkes Greifswald, was in der Wendezeit von einem Prestigeprojekt der SED zu einem deutsch-deutschen Umweltproblem wurde: Per Högselius*, *Die deutsch-deutsche Geschichte des Kernkraftwerkes Greifswald. Atomenergie zwischen Ost und West*, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2015 (zuerst 2005), 127 S., brosch., 16,90 €.

28 Ein wichtiger Zwischenschritt: *Udo Wengst/Hermann Wentker* (Hrsg.), *Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz*, Berlin 2008.

ner Absicherung geprägten Lebens- und vor allem Arbeitsrealitäten an der Grenze. Studien wie Jörn-Michael Golls Untersuchung zum Zollwesen der DDR oder das Buch von Christian Domnitz zum Einsatz des MfS zur Grenzsicherung in Partnerstaaten des Warschauer Pakts führen uns die Kontrolleure als Akteure vor Augen.²⁹ Beide Arbeiten belegen zum einen die repressive Macht der Struktur, hinterfragen zum anderen aber zugleich deren oft postulierte Allmacht. Letzteres zeigt sich zum Beispiel an der eindrücklich dargestellten Diskrepanz zwischen Auftrag und Realität an der Grenze oder am antrainierten gegenseitigen Misstrauen aufgrund des stets erwarteten Regelbruchs (zum Beispiel Desertion und Flucht). Solche Studien verdeutlichen einerseits, dass die Kontrolle der Grenze weitaus mehr als die Absicherung eines Grenzstreifens verlangte. Um die Mauer »dicht« zu halten, bedurfte es zudem eines in die DDR hineingreifenden Absicherungssystems (Goll) und der internationalen Kooperation (Domnitz). Andererseits verstärkt der institutionsgeschichtliche Zuschnitt solcher Studien einen strukturell einseitigen Blick. Eine der wichtigsten Erkenntnisse der *Border Studies* ist es, dass Grenzen immer zugleich Trennungs- und Kontaktraum sind. Was dies aber für die hier untersuchten Zusammenhänge (außer bezüglich der latent im Raume schwebenden Flucht) bedeutete, bleibt bei diesen Studien unklar. Somit erweist sich die Rahmung von Grenzstudien als reine DDR-Geschichte als eine institutionshistorisch zwar nachvollziehbare, historiografisch aber unterkomplexe Selbstlimitierung.³⁰

Während sich solche an staatliche Institutionen anstatt an Sozialräume gebundenen Denkmuster tief in die deutsche Forschungsstruktur und Projektzuschnitte eingeschrieben haben, verfolgen neuere Arbeiten aus dem US-amerikanischen Raum eine gänzlich andere Argumentation. Die Bücher von Edith Sheffer und Sagi Schaefer brechen mit der Konvention, die Geschichte der innerdeutschen Grenze allein als die des ostdeutschen beziehungsweise sowjetischen Machtausbaus zu verstehen.³¹ Ohne diese bedeutende Machtfrage zu vernachlässigen, untersuchen beide Bücher, einmal für den kleinstädtischen Raum zwischen Thüringen und Bayern und einmal für den ländlichen Raum im Eichsfeld, die Etablierung der Grenze und der mentalen Abgrenzungen als einen von Ost und West betriebenen Prozess. Auf der lokalen Ebene fand er hüben wie drüben zahlreiche Gegner und Befürworter. So belegen Sheffer und Schaefer anhand akribischer Recherchen in Archiven beiderseits der ehemaligen Grenze, dass die politische Realität der Teilung für die

29 *Christian Domnitz*, Kooperation und Kontrolle. Die Arbeit der Stasi-Operativgruppen im sozialistischen Ausland (BStU Analysen und Dokumente, Bd. 46), Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 2016, 259 S., geb., 20,00 €; *Jörn-Michael Goll*, Kontrollierte Kontrolleure. Die Bedeutung der Zollverwaltung für die »politisch-operative Arbeit« des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 44), Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 2011, 494 S., geb., 64,95 €. Dies baut auf einer langen Entwicklung auf, die die Grenze als einen differenziert zu betrachtenden, polizei- und militärhistorischen Gegenstand und damit auch als »Rahmung« der DDR untersucht. Vgl. vor allem *Peter Joachim Lapp*, Grenzregime der DDR, Aachen 2013; *Jochen Maurer*, Dienst an der Mauer. Der Alltag der Grenztruppen rund um Berlin, Berlin 2011; *Gerhard Sälter*, Grenzpolizisten. Konformität, Verweigerung und Repression in der Grenzpolizei und den Grenztruppen der DDR 1952 bis 1965, Berlin 2009; *Roman Grafe*, Die Grenztruppen der DDR, in: *Hans Ehlert/Matthias Rogg* (Hrsg.), Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven, Berlin 2004, S. 337–352, sowie die weiteren Beiträge in diesem Band.

30 Für einen Ansatz, die Ambivalenzen der Grenzgeschichte in einer Ausstellung zu erfassen, die allerdings den Facettenreichtum über das Ziel einer argumentativen These stellte, vgl. *Thomas Schwark/Detlef Schmiechen-Ackermann/Carl-Hans Hauptmeyer* (Hrsg.), Grenzziehungen – Grenzerfahrungen – Grenzüberschreitungen. Die innerdeutsche Grenze 1945–1990, WBG Verlag, Darmstadt 2011, 264 S., geb., 24,90 €.

31 *Sheffer*, Burned Bridge; *Schaefer*, States of Division.

Grenzbevölkerung zugleich ein Schock und ein geformtes Schicksal war. Ähnlich wie die »Mauer im Kopf« die Berliner Mauer überdauerte, argumentieren sie, dass die Grenze im Kopf durch immer stärker divergierende soziale Praktiken dem materiellen Grenzausbau vorausging. Dabei verdeutlichen beide Bücher die komplexen und letztlich fatalen Dynamiken, in denen sich die Bevölkerung auf beiden Seiten nicht nur der Macht »von oben« fügte, sondern durch eine Sprache der Teilung sowie sicherheitspolitische oder ökonomische Erwägungen die Schließung der Grenzen mit vorantrieb, während sie zugleich die immensen persönlichen Folgen des eigenen Handelns zu umgehen versuchte. Beide Bücher gehen dabei sehr weit, die letztlich sehr spezifische Situation der Grenze argumentativ auf die allgemeine Gegenseitigkeit des Grenzausbaus auszuweiten. Dieses systemische Argument ist angesichts des begrenzten Sozialraums empirisch sicher noch auszubalancieren. Dies würde jedoch voraussetzen, dass sich die deutschsprachige Forschung intensiver mit solchen Wegmarken der Erforschung der deutsch-deutschen Grenzgeschichte auseinandersetzt und so die bislang dominierende Gewaltgeschichte der Grenze durch sozialhistorische Aspekte erweitert.³²

Abgrenzungen durch Feindbilder

Wohl ebenso wichtig wie die physischen Grenzen waren die ideologischen. Hierzu finden wir mittlerweile sehr gute Forschungen über mentale Abgrenzungsmodi beiderseits des »Eisernen Vorhangs«. Ein klassischer Gegenstand ist hierbei die Sprache der SED. Diese Beschäftigung geht – auch aufgrund der Verfügbarkeit des Materials – auf die Zeit vor dem Mauerfall zurück und erlebte nach der Öffnung der Archive einen Aufschwung, da nun anhand zuvor unzugänglicher Materialien die interne Funktionssprache des Verfolgungsapparats analysiert werden konnte. Viele dieser Arbeiten zusammenführend, legt Ulrich Weißgerber ein Wörterbuch von Begriffen vor, die der SED zur Machtausübung und Herrschaftssicherung dienten.³³ Dabei ging es vor allem um die Stigmatisierung stets neu entworfenen Gegner. Aufgrund der Kürze der Beiträge behandelt der Band allerdings eher Wörter denn Begriffe. Die Definitionen spiegeln die Höhepunkte der repressiven Sprachnutzung wider und werden garniert mit Quellenbeispielen. Eine historische Entwicklung der Bedeutung und gar Ambivalenzen der Auslegung werden bestenfalls knapp thematisiert. Dies schafft eine begriffliche Übereindeutigkeit, die ausblendet, dass sich über die Sprachnutzung und -regelungen auch politische Machtkämpfe in der Elite des Staats und entsprechende Politikwandel den Weg brachen. Besonders auffällig ist dabei, dass Weißgerber auf primär negativ eingesetzte Begriffe der SED-Diktatur fokussiert, von »Abseitsstehende« über »Hetze« zu »Ungeziefer«, »Untergrund« und auch »Zionismus«. Zu kurz kommt dabei, dass in der DDR jedoch vor allem positiv besetzte Begriffe Konformität erzwingen, sei es der Arbeitsbegriff, sei es »Disziplin«, »Ordnung« oder »Frieden«. Das Buch kann also nur Ansatzpunkte bieten und verdeutlicht, dass eine Begriffsgeschichte der DDR noch nicht dort angekommen ist, wo sie sein könnte.

Dabei fällt auf, dass viele Begriffe – bis hin zu »entartet« – der Nutzung im Nationalsozialismus stark ähneln, wenngleich sie mit anderen Konsequenzen einhergingen. Die kulturelle Abgrenzung zum Nationalsozialismus war angesichts solcher Sprache schwer und geschah zuvorderst politisch. Die Möglichkeit der kulturellen Abgrenzung hingegen

32 Vgl. dahin gehend auch *Astrid M. Eckert*, West German Borderland Aid and European State Aid Control, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte/Economic History Yearbook* 58, 2017, S. 107–136; *Jason B. Johnson*, *Divided Village. The Cold War in the German Borderlands*, Abingdon/New York 2017.

33 *Ulrich Weißgerber*, *Giftige Worte der SED-Diktatur. Sprache als Instrument von Machtausübung und Ausgrenzung in der SBZ und der DDR (Diktatur und Widerstand, Bd. 15)*, Lit Verlag, Berlin/Münster 2010, 406 S., kart., 29,90 €.

bleibt eine historische Frage. Die dabei hervortretenden gegenseitigen Delegitimierungsversuche beider Staaten durch den jeweiligen Umgang mit der NS-Vergangenheit ist seit Jeffrey Herfs bahnbrechender Studie ein wichtiger Gegenstand vor allem der englischsprachigen Forschung zur deutschen Zeitgeschichte.³⁴ In diese Linie fügt sich auch Jon Berndt Olsens »Tailoring Truth« ein, das eine sehr gelungene Kulturgeschichte der Erinnerungspolitik in der DDR präsentiert.³⁵ Ihm gelingt es dabei, die Bedeutung politischer Entscheidungen, eine antifaschistische Staatsidentität aufzubauen, mit der Emotionalität zu verbinden, mit der dieser Antifaschismus in der DDR-Bevölkerung auch die Selbstexkulpation ermöglichte. Dies führt bei ihm zum abschließenden Argument, dass sich diese Strategie der SED in den letzten Jahren der DDR durch die Arbeit und die Repression der Opposition ins Gegenteil verkehrte und so die Selbstexkulpation der DDR mit dem gescheiterten Ruf nach der »Freiheit der Andersdenkenden« kollabierte.³⁶ Bei diesem Abgesang auf die antifaschistische Wohlfälligkeit durch die Staatsdoktrin bleibt allerdings die Frage offen, warum ausgerechnet in den neuen Bundesländern die Aufarbeitung der NS-Geschichte kaum gesellschaftlichen Rückhalt erfährt. Kann man nicht auf der gleichen Quellenbasis argumentieren, dass die zur Staatsvoraussetzung erklärte, aber nicht lebenspraktisch gefüllte Selbstbefreiung Blindstellen erzeugte, die weit über den Mauerfall hinaus wirken, sodass das Narrativ des Antifaschismus also gerade nicht in sich zusammenfiel, sondern durch die angebliche Entledigung eines virulenten Themas letztlich neuen Rassismus ermöglichte? Denn was steht für das Nachleben dieser »zurechtgeschneiderten Vergangenheit«: die kritischen Äußerungen von Oppositionellen wie Freya Klier oder Wolfgang Templin bei einer ohnehin mehr als kontroversen Aktion im Winter 1988, an der Olsen sein Argument der kollabierenden politischen Memoria der DDR entfaltet? Oder die zeitgleich in der DDR virulent werdende und sich in den 1990er-Jahren in den neuen Bundesländern nahezu ungebremsst entfaltende rechtsradikale und rassistische Jugendkultur? Es ist doch bemerkenswert, wie die von Weißgerber benannten »giftigen Worte« des SED-Staats wie »Liberalismus«, »Pazifismus«, »Texasideologie«, »Sozialdemokratismus«, »volksfeindlich« und letztlich auch »Zionismus« in der einen oder anderen Form nach dem Mauerfall eine neue exkludierende und Gewalt verherrlichende Kraft gewannen.³⁷

Wie ein von Stefan Kreuzberger und Dierk Hoffmann herausgegebener Sammelband verdeutlicht, fungierten Sprache und die daran gekoppelten Feindbilder auch auf der Westseite als mächtige Abgrenzungswerkzeuge.³⁸ Dieser Band schließt an Kreuzbergers wegweisende Arbeit zum gesamtdeutschen Ministerium an und verdeutlicht, wie stark die Furcht vor dem Kommunismus – und ganz besonders vor der Unterwanderung – die Kultur der frühen Bundesrepublik prägte.³⁹ Dem Band kommt durch seine klare Fragestellung und eine breite Auswahl an Themen ein fast schon handbuchartiger Charakter zu. Pointiert ent-

34 Jeffrey Herf, *Divided Memory. The Nazi Past in the Two Germanys*, Cambridge/London 1997; deutsch: *Jeffrey Herf, Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*, Berlin 1998.

35 Jon Berndt Olsen, *Tailoring Truth. Politicizing the Past and Negotiating Memory in East Germany, 1945–1990* (Studies in Contemporary European History, Bd. 15), Berghahn Books, New York/Oxford 2015, XIV + 262 S., geb., 85,00 £.

36 Ebd., S. 195–208.

37 Für eine gänzlich andere Annäherung und Interpretation vgl. das weiter unten beschriebene Buch: *Hammerstein, Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung?*

38 Stefan Kreuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.), »Geistige Gefahr« und »Immunisierung der Gesellschaft«. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik (Schriftenreihe der Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte, Sondernr.), Oldenbourg Verlag, München 2014, VI + 410 S., kart., 59,95 €.

39 Vgl.: *Stefan Kreuzberger, Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969*, Düsseldorf 2008.

wickeln die Beiträge aktuelle Einsichten in durchaus auch kontrovers beforschte Themenfelder des frühen westdeutschen Antikommunismus, seien es Konrad Adenauers Positionierungen, sei es der Aktivismus der Vertriebenenverbände oder seien es die Konflikte in den Kirchen.⁴⁰ In ähnlicher Art trägt Dominik Rigolls Studie zum Staatsschutz in der Bundesrepublik zu einer differenzierteren Zeitgeschichte bei. Rigoll verdeutlicht, wie ein als friedensstärkende Schutzeinrichtung konzipierter Dienst vom Aufspüren nationalsozialistischer Restgewächse in der frühen Bundesrepublik zunehmend – und verschärft in den Konflikten nach 1968 – nach links umblendete. Diese neue Ausrichtung der Extremistenabwehr wandelte den Staatsschutz aber auch zu einem Durchsetzungsdienst des in seiner angewandten Breite letztlich grundrechtswidrigen »Radikalenerlasses«.⁴¹ Damit behielt der sich immer stärker institutionalisierende Antikommunismus identitätsstiftende Funktion in der Bonner Republik, gänzlich ungeachtet der Tatsache, dass dem ein Schwinden der gesellschaftlichen Relevanz des sowjetisch geprägten Kommunismus in der Bundesrepublik entgegenstand. Ein bedeutsames Verdienst solcher Studien ist es, dieses Thema, das Grundrechtsfragen berührt, unaufgeregt zu behandeln und dabei zu verdeutlichen, dass die Bundesrepublik keineswegs in den Kalten Krieg hineinschlitterte, sondern ihn aktiv mitgestaltete, ja phasenweise auch intern forcierte.⁴²

In diesem Kampf gegen die teils imaginierten, teils überzeichneten, teils durch das schlichte Verkennen der Arbeitsweise des MfS im Westen heraufbeschworenen Geister des Kommunismus nahmen Journalisten und Publizisten eine besonders wichtige – weil öffentlichkeitswirksame und affirmative – Rolle ein.⁴³ Sie verstärkten eine institutionalisierte Angst mit dem entsprechenden Diskurs, der sich letztlich vor allem gegen die Sozialdemokratie als das angebliche Einfallstor des Kommunismus richtete. Von besonderer Strahlkraft war hierbei Gerhard Löwenthal. Als Moderator des »ZDF-Magazins« und Initiator des »Hilferuf von drüben« agierte er als strammer Antikommunist. Sein Auftreten spaltete die Bundesrepublik, wobei sich im Lauf der Jahre die Zahl seiner Anhänger dramatisch verringerte.⁴⁴ Dabei wusste er, bis zum Tag seiner glanzlosen Verrentung durch

40 Hier zum Beispiel *Lars Lüdicke*, Adenauer als Außenpolitiker und der Antikommunismus im Auswärtigen Amt, in: *Creuzberger/Hoffmann*, »Geistige Gefahr« und »Immunsierung der Gesellschaft«, S. 105–122; *Michael Schwartz*, Antikommunismus und Vertriebenenverbände. Ein differenzierter Blick auf scheinbar Eindeutiges in der frühen Bundesrepublik, in: ebd., S. 161–176; *Thomas Brechenmacher*, Katholische Kirche und (Anti-)Kommunismus in der frühen Bundesrepublik, in: ebd., S. 177–198; *Mirjam Loos*, Antikommunistische und anti-antikommunistische Stimmen im evangelischen Kirchenmilieu. Die Debatte um Wiedervereinigung, Westbindung und Wiederbewaffnung, in: ebd., S. 199–214.

41 *Dominik Rigoll*, Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr, Wallstein Verlag, Göttingen 2013, 524 S., geb., 39,90 €.

42 Hierzu ebenso wichtig: *Bernd Stöver*, Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991, Köln/Weimar etc. 2002; *Lora Wildenthal*, The Language of Human Rights in West Germany, Philadelphia 2013; *Young-Sun Hong*, Cold War Germany, the Third World, and the Global Humanitarian Regime, New York 2015; *Enrico Heitzer*, Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959, Köln/Weimar etc. 2015; *Wolfgang Schmale/Christopher Treiblmayr* (Hrsg.), Human Rights Leagues in Europe (1898–2016), Stuttgart 2017.

43 Vgl. dahin gehend auch *Frank Möller*, Joseph Caspar Witsch. Verleger und Netzwerker im Dienste des Antikommunismus, in: *Creuzberger/Hoffmann*, »Geistige Gefahr« und »Immunsierung der Gesellschaft«, S. 297–320; für den Versuch der SED-Führung, dem entgegenzuwirken, vgl. *Katrin Bobsin*, Das Presseamt der DDR. Staatliche Öffentlichkeitsarbeit für die SED, Köln/Weimar etc. 2013.

44 Hierzu zum Beispiel *Cordula Zytur*, Machen Köpfe schon ein Programm? Politische Magazine bei ARD und ZDF, in: Funk-Korrespondenz, 14.6.1973; Beinahe wehmütig, in: Der SPIEGEL, 10.9.1979, S. 230f.

das ZDF pünktlich zu seinem 65. Geburtstag, bis weit in die 1980er-Jahre hinein fern aller Realität die Gefahr des Kommunismus starkzureden, um selbst keine Relevanz zu verlieren.⁴⁵ Seine Gedankenwelt bezog ihre Energie vor allem aus der steten Furcht vor Unsicherheit und Unterwanderung, was sich in aller Abgrenzung letztlich hervorragend mit den Angstbildern der Hardliner auf der anderen Seite ergänzte. Stefan Wincklers Biografie beschreibt ausgewogen die verschiedenen Lebensphasen Löwenthals und hebt seine Kompetenzen als Medienprofi hervor.⁴⁶ Ist dieser Blick auf die Inklusion des streitbaren Journalisten in das mediale und politische System der Bonner Republik eine Stärke des Buches, gelingt es Winckler hingegen weniger, die radikale, oft selbstbemitleidende Selbstinszenierung Löwenthals als letzte Bastion gegen den »Rotfunk« des WDR und die seiner Meinung nach bereits links vom rechten Rand der CDU beginnende Kommunismusverherrlichung in ihrer politischen Schlagkraft zu erfassen.⁴⁷ Denn wenn Löwenthal eines nicht war, dann ausgewogen.

Eine Organisation, die Löwenthals Verein »Hilferuf« nahestand, war das in Bad Oeynhausens ansässige »Oskar-Brüsewitz-Zentrum«. Es verstand sich als Menschenrechtsorganisation und nutzte diesen Deckmantel für scharfen Abgrenzungsaktivismus. Dabei berief es sich auf den Pfarrer Oskar Brüsewitz, der sich 1976 in Halle an der Saale selbst verbrannte, um gegen die antiklerikale Politik der SED zu protestieren. Sabine Stach stellt dies unter dem Begriff der »Vermächtnispolitik« in Beziehung zum formgleichen Selbsttod Jan Palachs, der 1969 im Protest gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings einer Selbstverbrennung zum Opfer fiel.⁴⁸ Anhand dieser beiden tragischen Aktionen entwickelt sie ein breites Panorama der Nachwirkung dieser öffentlichen Suizide. Beide »Opferhelden« vergleichend, kann sie zeigen, dass ihr Selbsttod einerseits Schockwellen in der ČSSR und der DDR auslöste und dass andererseits bereits kurz nach dem Tod zahlreiche Initiativen mit der Instrumentalisierung des Märtyrerstatus begannen. Dabei demonstriert Stach die Bandbreite der Rezeption der Suizide, die Oppositionelle gleichermaßen inspirieren und abschrecken konnte. Vor allem aber wurden sie als Kronzeugen gegen den Kommunismus teilweise ge- und teilweise auch missbraucht. Denn als weithin sichtbare Märtyrer wurden sie Gegenstand grenzüberschreitender Diskurse. So diente Brüsewitz – übrigens zum Missfallen seiner Hinterbliebenen – dem bereits genannten Zentrum als namensgebende Ikone. Stach legt offen, wie sich die dortigen erzkonservativen Aktivisten seinen Namen dienstbar machten, um sich gerade nicht mit der Komplexität der Person, der Tat und der Lage auseinanderzusetzen.⁴⁹ Sie nutzten die Tragik des symbolischen Todes vielmehr »als Bestätigung der Relevanz ihres Tuns«.⁵⁰ Damit bereichert Stachs Buch jene Forschung, die den Widerstand im Staatskommunismus weniger heroisierend wahrnimmt,

45 Vgl. zum Beispiel die Wahrnehmung zweier in Gegnerschaft verbundener Kämpfer und Kampfsendungen bei *Kathrin Gerlof*, Gegenspieler: Gerhard Löwenthal, Karl-Eduard von Schnitzler, Frankfurt am Main 1999.

46 *Stefan Winckler*, Gerhard Löwenthal. Ein Beitrag zur politischen Publizistik der Bundesrepublik Deutschland (Biographische Studien zum 20. Jahrhundert, Bd. 1), Bebra-Wissenschaftsverlag, Berlin 2011, 406 S., geb., 46,00 €.

47 Zur stets über Isolation klagenden, aber auf beste Netzwerke aufbauenden Selbstdarstellung vgl. vor allem *Gerhard Löwenthal*, Ich bin geblieben. Erinnerungen, München/Berlin 1987; *ders./Helmut Kamphausen/Claus P. Clausen* (Hrsg.), Feindzentrale: Hilferufe von drüben, Lippstadt 1993.

48 *Sabine Stach*, Vermächtnispolitik. Jan Palach und Oskar Brüsewitz als politische Märtyrer (Moderne europäische Geschichte, Bd. 12), Wallstein Verlag, Göttingen 2016, 511 S., geb., 42,00 €; die Erweiterung des vergleichenden Ansatzes, der auf die grenzüberschreitende Nachwirkung der Selbstode fokussiert, wird besonders deutlich im Vergleich zu: *Karsten Krampitz*, Der Fall Brüsewitz. Das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR, Berlin 2016.

49 Die Ambivalenz der Person betonend: *Krampitz*, Der Fall Brüsewitz.

50 *Stach*, Vermächtnispolitik, S. 326.

sondern als eine sperrige, teilweise auch in Irrwegen verfahrenere heterogene Bewegung. Darüber hinaus stellt sie in aller Deutlichkeit die grenzüberschreitende Auswirkung des Nachlebens solch drastischer Aktionen in den Vordergrund, die sich weit von jenen Zielen entfernen konnten, die Bürgerrechtsbewegungen in den betroffenen Staaten selbst verfolgten.

Dass solche grenzüberschreitenden Aspekte auch in der Geschichte der DDR-Opposition kaum reflektiert werden, kann durch das Grundbedürfnis dieser Bewegung erklärt werden, als eigenständig wahrgenommen zu werden.⁵¹ Dies war auch deswegen nötig, da in der DDR jeder Kontakt nach Westdeutschland als »Hetze« oder »feindliche Agententätigkeit« ausgelegt und strafverfolgt werden konnte. Vor allem aber verstand sich die Oppositionsbewegung in großen Teilen als Erneuerungsbewegung einer sozialistischen, aber freien DDR. Daran richtete sie ihren politischen Horizont aus, den die Forschung bislang großteils fortschreibt.⁵²

Dies ist zu bedauern, denn nach einer Euphorie der Geschichtsschreibung zur Opposition in der DDR in den 1990er-Jahren scheint diese in den letzten Jahren ihre historiografische Anziehungskraft zu verlieren. Direkt nach der Archivöffnung stand sie im Zentrum des Interesses vor allem der Aufarbeitung der Verfolgungspraktiken des MfS, wengleich die damals stark frequentierte Exit-Voice-Theorie dazu tendierte, die Rolle der Opposition zu überhöhen und zu deutlich von anderen Formen der Resistenz abzugrenzen.⁵³ Diese Einschätzung relativierte sich in den letzten Jahren durch ein differenzierteres Bild der Herrschaftspraktiken der SED und der DDR-Gesellschaft, ohne dass es hierbei allerdings zu einer Neubewertung der Opposition und vieler ihrer (auch mentalen) Säulenheiligen kam. So steht die Oppositionsforschung angesichts der derzeitigen Öffnung der Historiografie hin zu deutsch-deutschen Fragen im Abseits. Dies mag auch daran liegen, dass ihre

51 Wichtige Ausgangspunkte: *Ulrike Poppel/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk* (Hrsg.), *Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR*, Berlin 1995; *Ehrhart Neubert*, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Berlin 1998; *Klaus-Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel* (Hrsg.), *Widerstand und Opposition in der DDR*, Köln/Weimar etc. 1999.

52 Dabei kommt in der Forschung selbst die von wichtigen Akteuren immer wieder betonte Solidarität innerhalb des Warschauer Pakts sehr kurz, vgl. zum Beispiel *Wolfgang Templin*, *Die osteuropäischen Befreiungsbewegungen – Voraussetzungen für eine erfolgreiche friedliche Revolution 1989*, in: *Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten* (Hrsg.), *Die demokratische Revolution 1989 in der DDR*, Köln/Weimar etc. 2009, S. 92–102; *Wolfgang Templin*, »Ein demokratisches Russland zu erleben, wäre ein Traum«, in: *Zeitzeugen im Gespräch*, Deutschlandfunk, 31.8.2017, URL: <http://www.deutschlandfunk.de/wolfgang-templin-ein-demokratisches-russland-zu-erleben.1295.de.html?dram:article_id=394757> [6.6.2018].

53 Zur Theorie vgl. unter anderem *Albert O. Hirschman*, *Exit, Voice, and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States*, Cambridge/London 1970; *Rogers Brubaker*, *Frontier Theses. Exit, Voice, and Loyalty in East Germany*, in: *Migration World* 18, 1990, H. 3–4, S. 12–17; BStU (Hrsg.), *Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit. Dokumentation einer öffentlichen Veranstaltung am 26. Oktober 1995*, Berlin 1997; *Werner Hilse*, *Die Flucht- und Ausreiseproblematik als innenpolitischer Konfliktstoff in der DDR und innerhalb der DDR-Opposition*, in: *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit«*, Bd. VII/1, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995, S. 390–397; *Bernd Eisenfeld*, »Ausreisebewegung«, in: *Hans-Joachim Veen* (Hrsg.), *Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur*, Berlin 2000, S. 58–61; *Steven Pfaff/Hyojung Kim*, *Exit-Voice Dynamics in Collective Action: An Analysis of Emigration and Protest in the East German Revolution*, in: *American Journal of Sociology* 109, 2003, S. 401–444; für eine frühe kritische und zu selten berücksichtigte Studie vgl. *Christian Joppke*, *Why Leipzig? »Exit« and »Voice« in the East German Revolution*, in: *German Politics* 2, 1993, S. 393–414.

Geschichte konzeptionell als eine DDR-interne Entwicklung dargestellt wird, in der sowohl die zentralen Verbindungen zu Oppositionellen in den Staaten des Warschauer Pakts, allen voran in Tschechien und in Polen, als auch die Verbindungen in die Bundesrepublik zwar erwähnt, kaum aber analytisch inkludiert werden. Vor allem die Abwanderung in die Bundesrepublik wird dabei als Verlust beschrieben, durch den die Opposition an Stärke verlor. Dies spiegelt sowohl die damalige Selbstwahrnehmung als auch die Praktiken und Intentionen des MfS wider, das vor allem in den 1980er-Jahren versuchte, oppositionelle Gruppen durch gezielte Abschiebungen zu »köpfen«. Die ambivalenten Folgen dieser Praxis genauer zu erfassen, ist ein Desiderat der Forschung. Einen wichtigen Ansatzpunkt hierfür legen Sascha-Ilko Kowalczuk und Arno Polzin vor, deren umfangreiche Quellenedition über grenzüberschreitende Kontakte der DDR-Opposition Einblicke in den nahezu alltäglichen Austausch zwischen Ausgewiesenen und Verbliebenen bietet.⁵⁴ Die Edition kreist inhaltlich um einen sehr begrenzten Personenkreis und bezieht daraus ihre Stärke. Durch diese Nahaufnahme können die Herausgeber den Bedeutungszuwachs des grenzüberschreitenden telefonischen Austauschs ab Mitte der 1980er-Jahre anschaulich erfassen. Ihre kenntnisreiche Kommentierung ordnet die einzelnen Gespräche hervorragend ein und verdeutlicht, dass dieser Austausch keineswegs ein Nachgeplänkel revolutionärer Kontakte um den ausgewiesenen Roland Jahn war, sondern dass er für die Geschichte der Opposition zentrale Bedeutung besaß. Auch wenn die ins andere Land gezwungenen Akteure es (anfangsweise) anders fühlen mochten, war die Ausweisung oder Ausreise keineswegs gleichbedeutend mit dem Austritt aus der oppositionellen Bewegung. Die Übersiedlung bot die Chance, die eigene Arbeit zu transformieren und neue westdeutsche Ressourcen für den Kampf in der DDR zu erschließen. Ohne die westdeutschen beziehungsweise vor allem Westberliner Gruppen Gleichgesinnter, deren Solidarität und vor allem deren Pressekontakte wären die Oppositionellen in der DDR noch deutlich schwächer gewesen.

Leider ist über solche Verbindungen in Michael Richters umfassender Geschichte der Revolution 1989 in Sachsen wenig zu finden.⁵⁵ Nach Erscheinen wurde das Buch stark rezipiert und galt selbst Bundespräsident Horst Köhler als Vorzeigewerk, bevor das doppelbändige Mammutwerk erstens wegen zentraler historiografischer Mängel und zweitens wegen der Person des Autors, den seine MfS-Vergangenheit einholte, in die Kritik kam.⁵⁶ Trotz des Umfangs von über 1.650 Seiten wird sich dieses Werk kaum langfristig in der Wissenschaft bewähren. Dies dürfte allerdings weniger den kontroversen Details, sondern vor allem dem deskriptiven Ansatz des Buches geschuldet sein, was die Chancen einer auf Sachsen fokussierten Geschichte des Jahres 1989 durch ausführliches, teilweise langatmiges Beschreiben des Allgemeinen verspielt. Angesichts der schlagkräftigen Regionalstudien der letzten Jahre wirkt das Buch methodisch aus der Zeit gefallen.⁵⁷

54 *Ilko-Sascha Kowalczuk/Arno Polzin* (Hrsg.), *Fasse Dich kurz! Der grenzüberschreitende Telefonverkehr der Opposition in den 1980er Jahren und das Ministerium für Staatssicherheit (BStU Analysen und Dokumente, Bd. 41)*, Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen/Bristol 2014, 1059 S., geb., 59,99 €.

55 *Michael Richter*, *Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90*, 2 Bde. (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 38), 2., durchges. Aufl., Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 2010, 1628 S., geb., 140,00 €.

56 *Horst Köhler*, »70.000 Herzen«. Rede von Bundespräsident Horst Köhler beim Festakt »20 Jahre Friedliche Revolution« am 9.10.2009 in Leipzig, URL: <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2009/10/20091009_Rede.html> [6.6.2018]; *Albert Funk*, Köhlers Rede in Leipzig: Fakten und Gerüchte, in: *Tagesspiegel*, 11.10.2009; *Evelyn Finger*, Anpassungsgehorsam, in: *Die ZEIT*, 25.11.2010; Stasi-Spitzel aus Dresdner Hannah-Arendt-Institut nach Bautzen abgeordnet, in: *Dresdner Neueste Nachrichten*, 26.4.2012.

57 Zum Beispiel *Andreas Niemann/Walter Süß*, »Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden«. MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg, Berlin 1997 (zuerst 1996); *Rüdiger Schmidt*,

Blicken die meisten Betrachtungen des Widerstands gegen die SED auf die letzten Jahre der DDR, nähert sich Elke Stadelmann-Wenz der Geschichte der gesellschaftlichen Unruhe von der anderen Seite her.⁵⁸ Auf der Basis eines (mit gutem Grund) sehr breit ausgelegten Widerstandsbegriffs zeichnet sie die Dynamiken zwischen Herrschaftssicherung und gesellschaftlicher Differenzierung in den letzten Ulbricht-Jahren nach. Besonders erkenntnisreich sind dabei Einblicke in die Versuche junger Unzufriedener, hinter der Mauer ein modernes, zugleich an West und Ost orientiertes Lebensgefühl zu entwickeln. Sie behandelt dabei vor allem die Jugend, die aus Sicht der SED in den späten 1960er-Jahren noch zähmbar erschien, deren Unzufriedenheit in den 1970er-Jahren aber immer stärker in Ausreiseersuchen mündete. Sehr erhellend blicken wir hierbei in den Anfang des Endes, ohne dass Stadelmann-Wenz den Verlockungen einer teleologischen Überladung unterliegt. Ihr Buch bietet vielmehr einen Ansatzpunkt, um einen differenzierten Widerstandsbegriff in der DDR von den 1960er-Jahren her zu entwickeln. Wie sie darlegt, entstand in dieser Zeit eine die DDR prägende Dynamik aus einer sich in der organisierten und abgeicherten Langeweile einrichtenden Mehrheitsgesellschaft und einer sich steigernden Frustration einer jungen Generation. Somit waren die oft als »Aufbruch in die Stagnation«⁵⁹ beschriebenen 1960er-Jahre auch ein Jahrzehnt des Aufbruchs jenseits des Staatsausbaus.

II. POLITISCHE VERFLECHTUNGEN

Dies gilt selbstverständlich auch für die Westseite. Hierbei denkt man zwangsläufig an die Protestbewegung der »68er«, jedoch war das Jahrzehnt im Gesamten ebenso durch sehr scharf geführte deutschlandpolitische Kontroversen geprägt. Der ostpolitische Neuanfang der SPD, den zunehmend auch die FDP mittrug, prägte die innenpolitischen Debatten. Nach der von Adenauer vertretenen politisch und rhetorisch harten Abgrenzung der Bundesrepublik gegen die DDR deutete sich bereits in der ersten Großen Koalition ab 1966 eine neue Praxis an. Diese setzte die nachfolgende sozial-liberale Koalition dann eilenden Schrittes um und öffnete so den Weg in eine Phase der hochgradig komplexen Verflechtungsgeschichte zweier einander nicht wohlgesinnter Regierungen Deutschlands.

Annäherungspolitik

Entstanden war dieser Ansatz im deutschlandpolitischen Labor der Bundesrepublik, im Westberlin der 1960er-Jahre. Aus der Bedrängnis der ummauerten Stadt heraus entwickelten Willy Brandt und Egon Bahr eine selbstbewusste, aber pragmatisch offene Haltung gegenüber der SED. Sie strebten nach dem Handschlag zum eigenen Vorteil, um konstruktiv Lösungen für die von der Mauer eingeschlossene Bevölkerung des Westteils der Stadt zu finden. Nach dem Mauerbau erkannte Brandt, dass er die Grenze nicht von der Westseite aus abräumen konnte, und beschränkte seine Versuche folglich darauf, die Mauer »transparenter« zu machen. Das erste vorzeigbare Ergebnis waren ab 1963 temporäre Passierscheine für Westberlinerinnen und -berliner, die sonst von ihren Verwandten und Bekannten in der DDR abgeschnitten waren. Trotz ihrer weit über Berlin hinausgehenden

»Rote Fahnen gegen weiße Kerzen«. Die DDR-Machteliten in den Bezirken Magdeburg und Halle und der Herbst 1989, in: *Thomas Großbölting* (Hrsg.), *Das Ende des Kommunismus. Die Überwindung der Diktaturen in Europa und ihre Folgen*, Essen 2010, S. 133–149; *Port*, Die rätselhafte Stabilität der DDR; *Sheffer*, *Burned Bridge*.

58 *Elke Stadelmann-Wenz*, *Widerständiges Verhalten und Herrschaftspraxis in der DDR. Vom Mauerbau bis zum Ende der Ulbricht-Ära* (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart), Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn/München etc. 2009, 265 S., geb., 39,90 €.

59 Nach: *Wolle*, *Aufbruch in die Stagnation*.

Bedeutung zog diese Episode der Annäherungsgeschichte bislang wenig historiografische Aufmerksamkeit auf sich. Eckart Huhns Geschichte der Passierscheinverhandlungen nähert sich diesem wichtigen Desiderat.⁶⁰ Vor allem die empirischen Teile der Arbeit verdeutlichen die Komplexität der Verhandlungen und die schwierige Vertrauenssuche beider Seiten. Leider bleibt der Gegenstand in Huhns Dissertation aber thematisch isoliert. Mit etwas mehr Aufwand, das kontroverse Thema der Passierscheine konkreter im deutsch-deutschen Politikfeld und der Breite der bestehenden Literatur zu verorten, hätte diese Arbeit sicher auch einen besser sichtbaren Verlag gefunden und folgend mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen können, als ihr bislang zuteilwurde.

Den bundespolitischen Umbruchpunkt setzt die gängige Forschung 1969 an, mit der Wahl Willy Brandts ins Kanzleramt. Von dort aus arbeitete er in entschlossener Allianz mit der FDP unter Walter Scheel mit großem Eifer an der Annäherungspolitik. Unterstützer sahen dies als den einzig gangbaren Weg der Entspannung, konservative Kritiker hingegen erkannten darin ein sozialdemokratisches Einknicken vor der SED.⁶¹ Dass sich letztlich die Unterstützer durchsetzten, lag einerseits an einer sorgfältig vorbereiteten (und auch an Taschenspielertricks nicht armen) Umsetzung eines politischen Programms in einer Zeit, die global nach Entspannung lechzte. Andererseits bedurfte dieses einer Aufmerksamkeitszentrierung auf die neuen Lösungsansätze, die die sozial-liberale Regierung durch neuartige Formen der öffentlichen Kommunikation formte. Vor allem Brandts rechte Hand Egon Bahr begründete seine Karriere auf der Kombination aus öffentlicher Kommunikation mit zeitgleichen bilateralen, rein vertraulich kommunizierenden Back-Channels zwischen Regierungsvertretern beider Seiten.

Unter den vorliegenden Publikationen widmen sich zwei diesem Regierungshandeln aus verschiedenen Perspektiven. Der Blickwandel führt dabei weg von früheren, policy-orientierten Analysen der Annäherung der Spitzenpolitiker an Moskau, Warschau und Ostberlin hin zu einer bundesgesellschaftlichen Perspektive. Denn die Herausforderung, der eigenen Bevölkerung das Handeln schmackhaft zu machen, war vielleicht ebenso kompliziert wie der Beginn eines Dialogs mit den kommunistischen Staatsvertretern. Während Lisa Mundzeck die innenpolitische Kommunikation betont, fokussiert Jörn Petrick auf den eng in die deutsch-deutschen Verhandlungen involvierten Bahr.⁶² Beides ergibt durchaus Sinn, denn Bahr musste sich ebenso Rückversicherungen vom Chef des Kanzleramts holen, wie Brandt seine öffentlichen Auftritte an die Ergebnisse der zähen Verhandlungen anpasste. Ein Bild ergibt sich wohl nur gemeinsam. Beide Arbeiten betrachten Ausschnitte, ohne an naheliegende Angebote der Diskurs- oder Kommunikationstheorie anzuschließen. So verbleiben sie relativ unkritisch gegenüber dem Fakt, dass die Bundesregierung nicht nur im Abgrenzungsdenken der CDU/CSU-Opposition, sondern auch in der Realpolitik komplizierte Themen wie Mobilität von Ost nach West oder die Meinungsfreiheit weitgehend umschiffte. Sind diese Auslassungen nicht gerade für eine Geschichte der po-

60 *Eckart Huhn*, Die Passierscheinvereinbarungen des Berliner Senats mit der Regierung der DDR 1963 bis 1966. Deutsch-deutsche Verhandlungen zur Überwindung der politischen Sprachlosigkeit und der Milderung menschlicher Härten als Folge des Mauerbaus, Ludwigsfelder Verlagshaus, Ludwigsfelde 2011, XVIII + 295 S., kart., 28,00 €.

61 Für einen Einblick in die Intensität der Debatte vgl. zum Beispiel Erste Beratung der Ostverträge im Deutschen Bundestag am 23., 24. und 25. Februar 1972. Mit dem Bericht zur Lage der Nation, Presse und Informationsdienst der Bundesregierung, o.O. [Bonn] 1972.

62 *Lisa Mundzeck*, Auf Vertrauenssuche. Die Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit 1969–1973 (Schriftenreihe Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 64), Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2008, 402 S., kart., 98,00 €; *Jörn Petrick*, Egon Bahrs Kommunikationsoffensive. Die deutsch-deutschen Verhandlungen zum Transitabkommen, Verkehrsvertrag und Grundlagenvertrag 1970 bis 1973 (Erlanger Studien zur Geschichte, Bd. 9), Palm und Enke Verlag, Erlangen/Jena 2011, 127 S., kart., 18,50 €.

litischen Kommunikation ebenso bedeutend wie die aktiv gesetzten Betonungen? Denn letztlich ermöglichte das punktuelle Schweigen zu kontroversen Themen zwar das konstruktive Gespräch mit der SED, kostete aber innenpolitisch Vertrauen. Vor allem aber blockierte es den Blick auf das DDR-interne, ›von unten‹ kommende Potenzial der Revolte gegen die nun immer mehr als »Friedenspartner« wahrgenommene SED.⁶³ Diese aus Pragmatismus geschaffene – und zugegeben vor allem unter Helmut Schmidt virulent werdende – Blindstelle gegenüber der sich dynamisierenden Menschenrechtsdebatte führte die SPD zu zahlreichen Fehlschlüssen bezüglich oppositioneller Strömungen im Warschauer Pakt und trug letztlich einiges zum Misskredit bei, den die SPD später den neuen Bundesbürgern gegenüber abbauen musste. Somit stellen beide Arbeiten anschaulich die bundesdeutsche »Vertrauenssuche« beziehungsweise die »Kommunikationsoffensive« dar, bleiben aber sehr nah am Selbstbild der untersuchten Regierung. Dabei ist es bedeutend, dass diese in Zeiten der Erfindung politischer Umfragen und Prognosen das potenziell gewinnbare Publikum genau vermaß und seine politische Kommunikation daran ausrichtete, ohne viel Selbstkritik auf die Frage zu lenken, was diese Annäherung an die SED eigentlich für die Bevölkerung auf der anderen Seite der Grenze bedeutete.

Um die Beziehung zwischen Politik und Gesellschaft besser zu verstehen, benötigen wir zudem ein komplexeres Bild der konservativen Akteure und mehr Interesse für die komplett in den Hintergrund rückenden sozialen deutsch-deutschen Beziehungen.⁶⁴ Denn letztere waren nicht nur Folge, sondern sind auch als Bedingung der Annäherungspolitik zu erachten. Dies kann auch Margit Roths Buch nicht abdecken, welches gleichzeitig eine Bestandsaufnahme und eine neue Deutung der Deutschlandpolitik bieten will.⁶⁵ Stutzig macht hierbei gleich zu Beginn, dass der Begriff der Bestandsaufnahme weniger als geschichtswissenschaftlicher, sondern vielmehr als administrativer Begriff geläufig ist und damit wohl eher zu historisieren ist, denn eine Historisierung erlaubt.⁶⁶ Der Verlag spricht gar von einer »analytisch deskriptiven Gesamtdarstellung«, was bei Gelingen wohl einer historiografischen Quadratur des Kreises gleichkäme. Wie in der Deutschlandpolitik ist allerdings auch hier die Realität trüber als die Ankündigungen. Das Buch bewegt sich in kurzen Episoden von Allgemeinplatz zu Allgemeinplatz und handelt die Vertrauenssuche der Annäherungspolitik ebenso routiniert ab wie zwischenzeitliche Verschärfungen, ohne ein empirisches oder interpretatorisches Profil zu schärfen. Dies kulminiert in einer zusammenfassenden Beurteilung, die festhält, dass beide Seiten Konzessionen machen mussten, dass sich jedoch die DDR-Seite vor allem im Bereich der »menschlichen Erleichterungen« unbeweglich gezeigt habe.⁶⁷ Ein intensiverer Blick in die Akten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, des Ministeriums des Innern oder auch des MfS, in denen der Druck sowohl von außen als auch durch die Spitze der SED deutlich zutage tritt, hätte wohl eine differenziertere Interpretation erlaubt. Denn in diesen Akten zeigt sich, dass Druck stets zu neuen Regeln und Normen führte, um einerseits sprachlich und prak-

63 Für eine Nachwirkung dieses Ansatzes jenseits der offiziellen Regierungslinie unter Kohl vgl. *Stefan Kreuzberger*, Willy Brandt und Michail Gorbatschow. Bemühungen um eine zweite »Neue Ostpolitik«, 1985–1990 (Ernst-Reuter-Hefte, H. 5), Bebra-Wissenschaftsverlag, Berlin 2015, 55 S., geh., 5,00 €.

64 Für einige anregende Ansätze vgl. *Joost Kleuters*, Reunification in West German Party Politics from Westbindung to Ostpolitik, Basingstoke/New York 2012.

65 *Margit Roth*, Innerdeutsche Bestandsaufnahme der Bundesrepublik 1969–1989. Neue Deutung, Springer VS, Wiesbaden 2014, 728 S., geb., 59,99 €.

66 Dies gilt sogar explizit für das untersuchte Thema, vgl. die wichtige Aufstellung: Bundesminister des Innern, Bestandsaufnahme der Eingliederungshilfen von Bund und Ländern für Aussiedler und für Zuwanderer aus der DDR und Berlin (Ost). Mit einer Analyse des Bedarfs, Bonn 1988.

67 *Roth*, Innerdeutsche Bestandsaufnahme der Bundesrepublik 1969–1989, S. 682f.

tische Konzessionen anbieten zu können, ohne andererseits durch zu weitgehende Liberalisierungen die eigene Machtposition zu gefährden. So bietet das Buch letztlich eine Kritik an den überzogenen Selbstdarstellungen der Annäherungspolitik, der Anspruch einer Umdeutung der Deutschlandpolitik bleibt jedoch uneingelöst.

Die vorliegenden Publikationen zu den Strategien der sozial-liberalen Deutschlandpolitik fügen somit ihren Teil zum Puzzlebild der bundesdeutschen Regierungspolitik hinzu, können den Blick auf die bundesdeutsche Deutschlandpolitik aber nicht grenzüberschreitend öffnen. In diesem auf den ersten Blick sehr stark beforschten Feld ergibt sich durch integrative Fragestellungen überraschend viel Potenzial für kontroverse Forschung.

Internationale Verflechtung

Wie jedoch die Ebene der Regierungspolitik mit gesellschaftshistorischen Fragen vereinbar ist, demonstriert Anja Hanisch in einer feingliedrigen und überlegten Analyse der direkt aus Neuer Ostpolitik und Grundlagenvertrag ableitbaren Konferenzen über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE).⁶⁸ In bestechender Schärfe verbindet sie Diplomatie- mit Sozialgeschichte und verdeutlicht dabei, wie sich die DDR einerseits durch ihre Gehversuche auf dem internationalen Parkett und andererseits durch resilientes Handeln der Bevölkerung durch Ausreiseanträge zunehmend internationalisierte.⁶⁹ Damit betont sie erstens die Notwendigkeit einer deutsch-deutschen Politikgeschichte, denn der Eintritt beider Staaten in die Vereinten Nationen (UN) und die Sphären der internationalen Politik ab 1973 war nur gemeinsam möglich, und die daraus resultierenden Pfadabhängigkeiten beider Staaten und Gesellschaften. Zweitens demonstriert sie den Ertragsreichtum einer systematisch verschränkten Analyse des Regierungshandelns der SED und der Bevölkerung, die in kreativer und oft unvorhergesehener Art die sich durch die internationale Politik öffnenden Schlupflöcher in der DDR nutzte.⁷⁰ Einen dafür wichtigen Kenntnishintergrund bietet Mathias Steins Betrachtung des Wegs beider deutscher Staaten in die UN.⁷¹ Er nähert sich der deutsch-deutschen Geschichte aus der Perspektive der UN-Forschung. Durch diese Dreiecksperspektive kann er nachzeichnen, wie der gegenseitige Wunsch beider deutschen Staaten, in die UN aufgenommen zu werden, aus der Alleinvertretung hinaus in eine Kooperation trotz Gegnerschaft führte. Dabei musste vor allem die Bundesrepublik erst das Scheitern ihrer Versuche anerkennen, den Alleinvertretungsanspruch

68 Anja Hanisch, Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 91), Oldenbourg Verlag, München 2012, X + 414 S., geb., 49,80 €.

69 Damit erweitert sie deutlich die bislang vor allem auf die Gegenmaßnahmen des MfS fokussierte Forschung. Vgl. zum Beispiel Hans-Hermann Lochen, Das Vorgehen gegen Ausreisewillige, in: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, Bd. IV: Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995, S. 270–279; Bernd Eisenfeld, Reaktionen der DDR-Staatssicherheit auf Korb III des KSZE-Prozesses, in: Deutschland Archiv 38, 2005, S. 1000–1008; Johannes L. Kuppe, Die KSZE und der Untergang der DDR, in: Deutschland Archiv 38, 2005, S. 487–493.

70 Dies bindet die Arbeit ein in die international sehr lebendige Forschung zu den Ambivalenzen des Prozesses, vgl. vor allem Daniel C. Thomas, The Helsinki Effect. International Norms, Human Rights, and the Demise of Communism, Princeton/Oxford 2001; Sarah B. Snyder, Human Rights Activism and the End of the Cold War. A Transnational History of the Helsinki Network, Cambridge/New York etc. 2011.

71 Mathias Stein, Der Konflikt um Alleinvertretung und Anerkennung in der UNO. Die deutsch-deutschen Beziehungen zu den Vereinten Nationen von 1949 bis 1973, V&R Unipress, Göttingen 2011, 206 S., geb., 37,90 €; für einen Ausgangspunkt vgl. zum Beispiel Martin H. Geyer, Der Kampf um nationale Repräsentation. Deutsch-deutsche Sportbeziehungen und die »Hallstein-Doktrin«, in: VfZ 44, 1996, S. 55–86.

international durchzusetzen, bevor beide Staaten gemeinsam handelten. Beide durften aus innenpolitischen Gründen nicht zu viel preisgeben und übten sich in diskursiver Zurückhaltung. Die Bundesregierung durfte den fragilen Vertrauensvorsprung der ihr zugewandten Bevölkerungsteile an die grundlegende Reform der Ost- und Friedenspolitik und die SED ihre Machtposition gegenüber der Bevölkerung nicht verspielen. Wenn die Forschung sowohl zur DDR als auch zur Geschichte der Bundesrepublik seit den 1970er-Jahren diese Arbeiten ernst nimmt, kann sie eigentlich nicht weiter von einer Parallelgeschichte ausgehen, sondern muss die sozialen Verflechtungen über die Grenze aber auch im gesamt-europäischen Kontext der Atomkriegsangst in den Vordergrund rücken.

Insbesondere Hanisch gelingt durch ihren Fokus auf die DDR in einem internationalen Mehrebenensystem eine faszinierende Gesellschaftsgeschichte, in der die Bundesseite jedoch vor allem durch ihr Echo in der SED-Politik und DDR-Bevölkerung vorkommt. Dies auszugleichen, dürfte eines der zentralen Anliegen von Matthias Peter gewesen sein, dessen Studie zur Bundesrepublik im KSZE-Prozess die Ambivalenzen der Politik vor allem unter Schmidt sehr gut erfasst. Akribisch zeichnet er die bislang größtenteils unbekannt zahlreichen Dilemmata der bundesdeutschen Politik nach. Denn entgegen der heute etablierten Ansicht, dass der KSZE-Prozess und vor allem die Schlussakte von Helsinki durch ihre spezifische Betonung der Menschenrechte und der menschlichen Erleichterungen in »Korb I« und »Korb III« eine Grundlage für den Fall der Mauer stellten, wurde die Schlussakte von Helsinki direkt nach ihrem Abschluss weithin als zu weit gehender Tribut an die Sowjetunion, ja gar als Einknicken vor ihr gedeutet.⁷² Anders als Hanisch konzentriert sich Peters allerdings auf die diplomatische Ebene.⁷³ Legt man beide Bücher nebeneinander, entsteht der Eindruck, dass der KSZE-Prozess östlich der Grenze die ganze Gesellschaft bewegte, westlich davon jedoch nur in den Höhen der »Staatenwelt« stattfand.⁷⁴ Diente die Annäherungspolitik aber nicht gerade der konservativen Opposition als Angriffspunkt gegen die SPD-geführten Regierungen? War nicht die jenseits aller Parlamente tief im KSZE-Prozess verwurzelte Friedensbewegung zentraler gesellschaftlicher Ausdruck einer Annäherung aus Angst?⁷⁵ Schuf der KSZE-Prozess durch seine Betonung der Menschenrechte in Ost und West nicht neue politische Argumente weit über 1983 hinaus?⁷⁶ In Peters Buch findet sich eine tiefeschürfende politikhistorische Analyse der Annäherungspolitik durch die internationale Verflechtung der Bundesrepublik. Die Frage allerdings, was der KSZE-Prozess in der bundesdeutschen Gesellschaft bedeutete und auslöste, in der sich sowohl linksliberale als auch konservative Bewegungen immer wieder auf den Prozess bezogen, um eigene Ziele zu formulieren, bleibt großteils offen.

Programmatische Verflechtung

Dass jedoch gerade eine solche sozialhistorisch erweiterte Politikgeschichte zentrale Einblicke ins letzte Jahrzehnt der geteilten Bundesrepublik öffnet, verdeutlichen unter ande-

72 Für eine lesenswerte Einschätzung vgl. *Richard Davy*, Helsinki Myths. Setting the Record Straight on the Final Act of the CSCE, 1975, in: *Cold War History* 9, 2009, S. 1–22.

73 *Matthias Peter*, Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess 1975–1983. Die Umkehrung der Diplomatie (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 105), De Gruyter Oldenbourg, Berlin/München etc. 2015, XII + 591 S., geb., 64,95 €.

74 Ebd., S. 386.

75 *Stephan Martini*, Die sicherheitspolitische Funktion der KSZE im entspannungspolitischen Konzept der Bundesrepublik Deutschland 1975–1990, Berlin 2006; *Helmut Altrichter/Hermann Wentker* (Hrsg.), Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990, München 2011.

76 *Yuliya von Saal*, KSZE-Prozess und Perestroika in der Sowjetunion. Demokratisierung, Wertenumbruch und Auflösung 1985–1991, München 2014.

rem zwei Bücher, die im Zwischenfeld von Bewegungs- und Parteiengeschichte zu verorten sind.

Matthias Stangel untersucht in einer ausführlichen Studie die deutschlandpolitischen Positionen der Neuen Linken in der Bundesrepublik.⁷⁷ Darin kann er einerseits darstellen, wie die außerparlamentarische Linke zunehmend das Interesse am Thema und überhaupt an der Existenz des zweiten deutschen Staats verlor und teilweise in frappierender Weise trotz aller internationalistischer Rhetorik in sehr eng definierte nationalstaatliche Denkmuster zurückfiel. Andererseits nahmen entscheidende Akteure, die – wie etwa Rudi Dutschke – oft selbst eine deutsch-deutsche Biografie aufzuweisen hatten, aber auch spannende Zwischenpositionen ein, die beide politischen Systeme ablehnten, aber Verbindungsachsen im Glauben an »eine einheitliche deutsche Arbeiterklasse« suchten.⁷⁸ Dies beinhaltete die Kontaktsuche zu sozialistischen Dissidenten, was deutlich von der auf die Staatspartei schauende Annäherungspolitik der SPD abwich und so den Kontrast zwischen sozialer Bewegung und Sozialdemokratie nur weiter verschärfte. Vor allem aber griff es den Kontakten der Friedensbewegung und der Grünen ab den späten 1970er-Jahren voraus.

Letzteres stellt Regina Wick ins Zentrum ihrer anregenden Betrachtung der Geschichte der Grünen, die sich im letzten Jahrzehnt in einer Art Annäherungspolitik »von unten« versuchten.⁷⁹ Als zentraler westdeutscher Anlaufpunkt für die Oppositionellen der DDR suchten sie gemeinsam nach Wegen, eine sozialistische, ökologische und freie DDR als politische Alternative zum westdeutschen Kapitalismus und in Gegnerschaft zur repressiven SED zu entwickeln. Beide Arbeiten öffnen in beeindruckender Detailvielfalt und analytischer Kreativität die politikhistorische Perspektive nicht nur für die sich diversifizierende politische Landschaft der Bundesrepublik, sondern auch für die Geschichte der Opposition in der DDR, die ohne ihre westdeutschen Verbindungspartner nie jene Reichweite erlangt hätte, die sie trotz ihrer personellen Begrenztheit letztlich erreichte.⁸⁰ Die Arbeiten, insbesondere die Studie Regine Wicks, demonstrieren damit auch, wie grenzüberschreitende Institutionengeschichte durch die entsprechende Öffnung der Fragestellung erfolgreich konzipiert und verfasst werden kann.

So deutet sich hier eine neue Strömung der in einem Staat verorteten, aber grenzüberschreitend denkenden Politikgeschichte an. In diese fügte sich eine von der anderen Seite der Grenze auf das Denken und Handeln einer Regierungspartei im deutschlandpolitischen Dilemma blickende Studie hervorragend ein.⁸¹ Detailliert beschäftigt sich Heike Amos mit der bislang unterbelichteten und hochgradig ambivalenten, ja wankelmütigen Deutschlandpolitik der SED. Diese war dem immer wieder neu formulierten – und sich zu aller Last auch oft noch widersprechenden – Zweckdenken der Parteispitze unterworfen. Sowohl in der Darstellung der Konzeptionen von Abgrenzungsdenken als auch in der Erkundung der grenzüberschreitenden »operativen« politischen Westarbeit jenseits der immer wieder betrachteten Westarbeit des MfS arbeitet Amos einerseits empirisch heraus, wie stark sich das gesamte Politikbild der SED an den sich wandelnden Möglichkeiten der

77 *Matthias Stangel*, Die Neue Linke und die nationale Frage. Deutschlandpolitische Konzeptionen und Tendenzen in der Außerparlamentarischen Opposition (APO), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013, 638 S., kart., 99,00 €.

78 Ebd., S. 428.

79 *Regina Wick*, Die Mauer muss weg – die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990 (Wege zur Geschichtswissenschaft), Kohlhammer Verlag, Stuttgart 2012, 326 S., 39,90 €.

80 Vgl. hierzu auch den bereits beschriebenen Quellenband *Kowalczyk/Polzin*, Fasse Dich kurz!

81 *Heike Amos*, Die SED-Deutschlandpolitik 1961 bis 1989. Ziele, Aktivitäten und Konflikte, Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 2015, 655 S., geb., 69,99 €.

Einflussnahme in der Bundesrepublik ausrichtete. Andererseits demonstriert sie methodisch, wie eine deutsch-deutsche Partei- und Herrschaftsgeschichte verfasst werden kann.⁸²

Somit ist die erfreuliche Tendenz zu verzeichnen, dass ausgerechnet die methodologisch oft national gerahmte Politikgeschichte derzeit mit dem Fokus auf das Primat der Innenpolitik und der innenpolitischen Wirkung politischer Positionierungen wegweisende Methoden ausarbeitet, um Parteien und soziale Bewegungen konzeptionell und empirisch als zentrale Akteure einer integrierten deutsch-deutschen Geschichte zu erfassen.

Widerspenstige kulturpolitische Verflechtungen

Wesentlich weniger überraschend ist der Schwerpunkt der deutsch-deutschen Geschichtsschreibung auf dem kulturellen und kulturpolitischen Bereich.⁸³ Dies liegt auch daran, dass hier zahlreiche Verflechtungen bereits vor der Öffnung der Archive offensichtlich waren. Besonderes Interesse zieht dabei die im Zentrum des Kalten Kriegs stehende Medienpolitik auf sich. Zwar konnten die Mauern Menschen und Güter am Überqueren der Grenze hindern, nicht aber Funkwellen. Dies machten sich beide Seiten zunutze.⁸⁴ In geschickter Kombination aus kulturhistorischen Ansätzen mit der Frage nach einer politischen gesellschaftlichen Relevanz binden neuere Studien vor allem die Fernsehgeschichte in die Geschichte des Kalten Kriegs ein. Heather L. Gumbert fokussiert dabei auf die Rolle des DDR-Fernsehens für die Versuche der SED, einen eigenen – und selbstverständlich kontrollierten – medialen Kommunikationsraum in der DDR zu schaffen, der jedoch stetig mit den transgressiven Medien aus der Bundesrepublik zu konkurrieren hatte.⁸⁵ So sprach die SED-Führung dem Fernsehen die Kraft zu, Sozialismus tief in der Gesellschaft zu verankern, und versuchte durch die Übernahme anderer Farbfernsehstandards den Konsum westdeutscher Sender zumindest zu erschweren.⁸⁶ Dies geriet jedoch durch den technischen Fortschritt und vor allem das Konsumverhalten der DDR-Bevölkerung immer wieder an seine Grenzen, sodass der Empfang westlicher Sender in weiten Teilen der DDR zum Alltag gehörte und immer weniger sanktioniert, letztlich technisch auch ermöglicht wurde.⁸⁷ Diese – im wahrsten Sinne des Wortes – politische Ausstrahlungskraft des bundesdeut-

82 Damit geht sie methodisch auch über zwei weitere parteienhistorische Arbeiten hinaus, die vom Thema her eigentlich für diese deutsch-deutsche Perspektive prädestiniert erscheinen, die entscheidende gesellschaftshistorische Öffnung der Fragestellung aber missen lassen; vgl. *Thomas Klein*, SEW – die Westberliner Einheitssozialisten. Eine »ostdeutsche« Partei als Stachel im Fleische der »Frontstadt«?, Berlin 2009; *Olav Teichert*, Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins. Untersuchung der Steuerung der SEW durch die SED, Kassel 2011.

83 Vgl. zum Beispiel *Julia Frohn*, Literaturtausch im geteilten Deutschland. 1945–1972, Berlin 2014; *Sebastian Lindner*, Zwischen Öffnung und Abgrenzung. Die Geschichte des innerdeutschen Kulturabkommens 1973–1986, Berlin 2015; *Jens Niederhut*, Wissensaustausch im Kalten Krieg. Die ostdeutschen Naturwissenschaftler und der Westen, Köln/Weimar etc. 2007.

84 Für eine anregende Erinnerung vgl. hierzu *Heinz Priess*, Spaniens Himmel und keine Sterne. Ein deutsches Geschichtsbuch. Erinnerungen an ein Leben und ein Jahrhundert, Berlin 1996; weiterhin: *Arch Puddington*, Broadcasting Freedom. The Cold War Triumph of Radio Free Europe and Radio Liberty, Louisville 2000; *Uta G. Poiger*, Jazz, Rock, and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany, Berkeley 2000; *Kristin Roth-Ey*, Moscow Prime Time. How the Soviet Union Built the Media Empire that Lost the Cultural Cold War, Ithaca 2011.

85 *Heather L. Gumbert*, Envisioning Socialism. Television and the Cold War in the German Democratic Republic, University of Michigan Press, Ann Arbor 2014, XII + 242 S., geb., 80,00 \$.

86 Vgl. *Gerald Glaubitz*, PAL oder SECAM? Die ideologisch-politische Auseinandersetzung um das Farbfernsehensystem der DDR, in: Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte 29, 2003, S. 132–137.

87 Pal für die DDR, in: Der SPIEGEL, 2.1.1978, S. 16.

schen Fernsehens nimmt Thomas Großmann zum Ausgangspunkt seiner Geschichte der letzten DDR-Jahre, die vor allem eine zunehmende Verflechtung der deutsch-deutschen Kommunikationswelten in den 1980er-Jahren belegt und deutlich herausstellt, wie bedeutsam diese telekommunikativen Beziehungen für den Fall der Mauer waren.⁸⁸ Die Unmöglichkeit der medialen Alleinversorgung der DDR-Bevölkerung durch den SED-Staat ist damit ein entscheidender Aspekt für die zunehmende Destabilisierung der Einparteienherrschaft.⁸⁹

Damit steht eine Gegenseitigkeit des Anspruchs auf politische und kulturelle Eigenständigkeit im Raum, der immer wieder durch Verflechtungen konterkariert wurde. Eine solche Dynamik untersucht Andreas Kötzing in einer sehr anregenden Mikrostudie zu den Filmfestivals von Leipzig und Oberhausen.⁹⁰ Noch vor wenigen Jahren wäre eine parallele Betrachtung dieser Ereignisse wohl eine Vergleichsstudie geworden, die die Festspiele in die Entstehungsgeschichte der jeweiligen Staaten und Gesellschaften integriert. Kötzing bezieht eine solche Grundlage in seine Perspektive ein, geht aber deutlich darüber hinaus, indem er nachzeichnen kann, wie stark diese Festivals gerade wegen ihrer politischen Integration in die jeweilige politisch und auch staatlich gerahmte Kulturpolitik subkutan deutsch-deutsche Adern ausbildeten. Nicht nur die Filmschaffenden standen immer mehr im Austausch, auch verbanden sich die Organisatoren, indem sie Themen aufgriffen – oder sich explizit von anderen abgrenzten. Mikrostudien dieser Art erweitern den Blick auf die deutsch-deutsche Geschichte entscheidend, da die titelgebende »gesamtdeutsche Perspektive« keinem politischen Einigungsauftrag folgt oder in eine nivellierende Einebnung der Unterschiede mündet, sondern durch eine Praxisgeschichte des Kulturlebens detailliert und lebendig die Gegenseitigkeit von Abgrenzung und Verflechtung nachzeichnet.⁹¹

Besonders deutlich wird der grundlegende Charakter einer solchen Perspektivverschiebung in Bezug auf Peter Ulrich Weiß' Studie der deutsch-deutschen Kulturpolitik in Rumänien.⁹² Diese bietet ein scharfes Porträt der gegenteiligen deutschen Interessen in Rumänien, die sich bereits vor dem Grundlagenvertrag zu einem »unerwarteten« Dreiecksverhältnis entwickelten. So nähert sich seine Studie, zum Beispiel in einem gelungenen Kapitel zur Tourismusgeschichte, immer wieder einer gelebten geteilten Geschichte an, entgleitet aber immer wieder in Höhen der Diplomatiegeschichte. Methodisch nahestehend, thematisch aber viel stärker auf Differenzen achtend, widmet sich Angela Abmeier dem Umgang von Bundesrepublik und DDR mit der Militärdiktatur Argentiniens.⁹³ Dabei kann sie verdeutlichen, dass beide Staaten große Konzessionen an ihre Ideale machten, sei es in der Wirtschaftspolitik, der Frage der Menschenrechte oder des Antifaschismus. Dabei zogen sie individuelle Profite aus der weitgehenden Akzeptanz der Diktatur und wogen überdies das politische Verhältnis zueinander ab.

88 *Thomas Großmann*, *Fernsehen, Revolution und das Ende der DDR* (Medien und Gesellschaftswandel im 20. Jahrhundert, Bd. 3), Wallstein Verlag, Göttingen 2015, 296 S., geb., 34,90 €.

89 Vgl. hierzu auch *Wolff*, *Glasnost erst kurz vor Sendeschluss*.

90 *Andreas Kötzing*, *Kultur- und Filmpolitik im Kalten Krieg. Die Filmfestivals von Leipzig und Oberhausen in gesamtdeutscher Perspektive 1954–1972*, Wallstein Verlag, Göttingen 2013, 427 S., geb., 44,90 €.

91 Vgl. hierzu auch den anregenden Sammelband *Detlev Brunner/Udo Grashoff/Andreas Kötzing* (Hrsg.), *Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte*, Berlin 2013.

92 *Peter Ulrich Weiß*, *Kulturarbeit als diplomatischer Zankapfel. Die kulturellen Auslandsbeziehungen im Dreiecksverhältnis der beiden deutschen Staaten und Rumäniens von 1950 bis 1972* (Südosteuropäische Arbeiten, Bd. 139), Oldenbourg Verlag, München 2010, 424 S., geb., 49,80 €.

93 *Angela Abmeier*, *Kalte Krieger am Rio de la Plata? Die beiden deutschen Staaten und die argentinische Militärdiktatur (1976–1983)* (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 76), Droste Verlag, Düsseldorf 2017, XIV + 562 S., geb., 58,00 €.

Es zeichnet sich ab, dass solche Dreieckskonstellationen ideal sind, um die lange Zeit unhinterfragte Polarität der deutschen Geschichte aufzubrechen. In wegweisender Art weicht Katrin Hammerstein in ihrer Untersuchung des Gedenkens an den Nationalsozialismus die gedankliche Binarität zwischen DDR und Bundesrepublik auf. Dies gelingt ihr, indem sie erstens das Untersuchungsfeld um Österreich erweitert und zweitens auch die Unterschiede der Erinnerungspolitik als diskursive Verbindungssachse ernst nimmt.⁹⁴ Der Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus war einer der ersten Forschungsgebiete deutsch-deutscher Geschichte, wobei die frühen Arbeiten dies vor allem als eine Möglichkeit der gegenseitigen Abgrenzung verstanden.⁹⁵ Hammerstein kann dies weiter vertiefen und über das Komparative hinausgehend darlegen, wie stark Diskurse der Aufarbeitung über die Grenzen schwappten und einen in Unterschieden vereinten deutschsprachigen Raum des Ringens mit der ungeliebten Vergangenheit schufen. So standen letztlich nicht nur die Staaten in einem »Trialog« über den Umgang mit dem Nationalsozialismus (und zunehmend insbesondere des Holocaust). Auch der aus der westdeutschen Bevölkerung auf Staat und Gesellschaft wirkende Aufarbeitungsdruck in den 1980er-Jahren bezog Teile seiner Dynamik aus der steten Klage, die Bundesrepublik gehe zu lax mit dem NS-Erbe um. Dies ließ aber auch die Gedenkkultur in der DDR nicht unberührt, die sich zwar den Antifaschismus weithin sichtbar vor die Brust gehängt hatte, sich nun aber auch zunehmend der Judenverfolgung widmen musste, was die identitätsgründende Herausstellung der verfolgten Kommunisten zunehmend verkomplizierte.

Wirtschaftliche Verflechtungen?

In wohl kaum einem anderen Bereich waren die Unterschiede beider deutscher Staaten so prägnant wie in der Wirtschaftsgeschichte. Dies verdeutlicht jenseits der schlichten Gegenüberstellung abstrakter politischer Dogmen insbesondere Ulrike Schulz' Langzeitanalyse der Simson-Werke.⁹⁶ Ihre Arbeit verdeutlicht, wie ein in gewissen Marktsektoren zuvor für Gesamtdeutschland führendes Unternehmen erstens in die Herrschaftsmechanismen der SED eingebunden wurde und wie dies zweitens das Unternehmen von den tradierten Märkten abschnitt. Danach fiel Simson, drittens, durch eine Überalterung der Maschinen, zu langsame Innovationszyklen, die Limitierung auf den Binnenmarkt und den Export von Jagd Waffen und Motorrädern lediglich in das sozialistische Ausland erst hinter die Standards des Weltmarkts zurück und geriet dann – bereits deutlich vor Mauerfall – wirtschaftlich zunehmend ins Schlingern. Studien wie diese belegen, dass der Gegensatz zwischen sozialer Marktwirtschaft und Planwirtschaft nicht ohne Grund als elementarer Ausdruck der – nicht zuletzt von Formierung entgegengesetzter Wirtschaftszonen und der Währungsreform ausgehenden – Teilungsgeschichte gilt.⁹⁷

Ist es also möglich oder überhaupt sinnvoll, im Bereich der Wirtschaftsgeschichte nach verbindenden Elementen zu suchen, oder resultiert dies zwangsläufig in ahistorischer Gleichmacherei? Wohl auch das Unbehagen, sich dieser Frage zu nähern, führt zu wenig Forschung in diesem Bereich und färbt einige existente Studien. So ist es Jens Hildebrandts Arbeit zur deutsch-deutschen Gewerkschaftsgeschichte durchaus anzumerken, dass er nach Wegen einer integrierten Gewerkschaftsgeschichte sucht, letztlich aber immer wieder auf

94 *Hammerstein*, Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung?

95 *Herf*, *Divided Memory*; *Martin Sabrow*, Die NS-Vergangenheit in der geteilten deutschen Geschichtskultur, in: *Kleßmann/Lautzas*, *Teilung und Integration*, S. 132–151.

96 *Ulrike Schulz*, *Simson. Vom unwahrscheinlichen Überleben eines Unternehmens 1856–1993*, Wallstein Verlag, Göttingen 2013, 463 S., geb., 34,90 €.

97 Für eine integrierte Darstellung der politischen und ökonomischen Teilungsprozesse vgl. nach wie vor *Christoph Kleßmann*, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, 5., überarb. u. erw. Aufl., Bonn 1991 (zuerst 1982), S. 177–221.

die Rahmung des jeweiligen gewerkschaftlichen Handelns durch beide Staaten zurückfällt. So bleiben in Bezug auf deutsch-deutsche Perspektiven gerade jene Teile des Buches am stärksten, in denen er die gegenseitigen Destabilisierungsversuche der Gewerkschaften im Ringen um die »gesamtddeutsche Arbeitnehmerschaft« darstellt.⁹⁸ Der Grund dafür liegt wohl vor allem darin, dass die Studie als parallele Institutionsgeschichte historische Akteure in einem deutsch-deutschen Zusammenhang analysiert, die selbst durch Abgrenzungsdenken in einem selbst entworfenen und sich widersprechenden gesamtdeutschen Zusammenhang agierten.

Dieses Dilemma einer jeden (wie auch immer attribuierten) »Parallelgeschichte« bricht die Forschung derzeit durch quer zu den Institutionen liegende Perspektiven auf.⁹⁹ Dabei kann sie neue – und durchaus überraschende – Ebenen der deutsch-deutschen Geschichte offenlegen. Eine entsprechende ökonomische Internationalität ist im Wesen der Staatswirtschaft angelegt, was Matthias Judt in einer wissenschaftlichen Analyse der zuvor oft rein skandalisierten Tätigkeiten der »Kommerziellen Koordinierung« in den Blick nimmt.¹⁰⁰ Von ebenso grundlegender Bedeutung ist dahin gehend die Studie »Testen im Osten«, die die Aufarbeitung des SED-Unrechts in die deutsch-deutsche Geschichte ausweitet.¹⁰¹ Hier gelingt ein interessanter Brückenschlag, denn einerseits greift diese Studie thematisch die Aufarbeitungsmodi der sich aus der Aufdeckung von Skandalen speisenden DDR-Forschung der 1990er-Jahre auf. Andererseits erweitert die Studie das Blickfeld auf die Funktionsmechanismen der SED-Diktatur. Lange stand der Verdacht im Raum, westdeutsche Pharmaunternehmen hätten sich die Devisennot der SED unlauter zunutze gemacht und eine Entrechtung der Testanten zumindest akzeptiert, wenn nicht gar eingeplant. Auf der Basis akribischer Recherche argumentiert die Studie hingegen, dass die seit den 1990er-Jahren im Raum stehende Skandalisierung der »günstigen Teststrecke« im Osten kaum zu halten ist. Anstatt eines die Patienten systematisch entrechtenden Skandals entdecken die Autorin und die Autoren ein System des Austauschs zwischen staatlichen Stellen, Unternehmen und Mediziner in einem mehrfach von Geheimhaltung gekennzeichneten Markt mit 450 gut dokumentierten, weiteren 1.000 angedeuteten Arzneimittelstudien und mit Tausenden geschäftlichen Kontakten. Sie entdecken damit kein medizinisches Entrechtungssystem, sondern einen streng regulierten geheimen Testalltag, in dem sich sogar neue Methoden der Arzneimittelregulierung herausbildeten. Dabei profitierten westdeutsche Unternehmen durch die strenge Überwachung sowohl der Studien durch pflichtbewusste Mediziner als auch aller Beteiligten durch das MfS. Dies führt letztlich gerade wegen der Gewöhnlichkeit solcher Beziehungen zu wichtigen Fragen der Komplizenschaft westdeut-

98 *Jens Hildebrandt*, Gewerkschaften im geteilten Deutschland. Die Beziehungen zwischen DGB und FDGB vom Kalten Krieg bis zur Neuen Ostpolitik 1955 bis 1969 (Mannheimer historische Forschungen, Bd. 31), Röhrig Verlag, St. Ingbert 2010, 723 S., kart., 68,00 €, S. 17, und vor allem Kapitel IV.

99 Zu einer Öffnung der Forschung für grenzüberschreitende Perspektiven durch eine Verschiebung der Untersuchungseinheiten vgl. *Ludger Pries*, Transnational Societal Spaces. Which Units of Analysis, Reference, and Measurement?, in: *ders.* (Hrsg.), Rethinking Transnationalism. The Meso-Link of Organisations, London 2008, S. 1–20; *Angelika Eppe*, The Global, the Transnational and the Subaltern. The Limits of History beyond the National Paradigm, in: *Anna Amelina/Devrim Sel D. Nergiz/Thomas Faist* u. a. (Hrsg.), Beyond Methodological Nationalism. Research Methodologies for Cross-Border Studies, New York/Abingdon 2012, S. 155–175.

100 *Matthias Judt*, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Alexander Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität, Berlin 2013.

101 *Volker Hess/Laura Hottenrott/Peter Steinkamp*, Testen im Osten. DDR-Arzneimittelstudien im Auftrag westlicher Pharmaindustrie. 1964–1990, Bebra-Wissenschaftsverlag, Berlin 2016, 272 S., brosch., 24,95 €.

scher Unternehmen mit Diktaturen.¹⁰² Die Ergebnisse dieser Studie treten dabei neben jene in der Öffentlichkeit ungleich lauter thematisierten Ergebnisse der menschenrechtswidrigen Zwangsarbeit in DDR-Haftanstalten zugunsten westlicher Unternehmen wie Ikea.¹⁰³ Beides in einer wirtschaftshistorischen Verflechtungsgeschichte zusammenzuführen, wäre eine spannende Aufgabe einer noch zu entwerfenden integrierten deutsch-deutschen Wirtschaftsgeschichte.

III. MIGRATION UND MOBILITÄT

Neben den Themen Politik, Kultur und Wirtschaft nähert sich die Forschung vor allem im Bereich der Mobilität und Migration den vielfältigen deutsch-deutschen Verflechtungen. Dabei wird dieser Aspekt der deutschen Teilung sehr unterschiedlich bewertet. Spielt er in den großen Ausstellungen zur deutschen Geschichte, sei es in der »Kulturbrauerei«, im Deutschen Historischen Museum in Berlin oder im Bonner Haus der Geschichte, bestenfalls eine Nebenrolle, wird er am ehesten von Ausstellungen, die sich mit der Geschichte der Grenze befassen, musealisiert. Allen voran kann man hier sicherlich den »Tränenpalast« und das »Notaufnahmelager Marienfelde«, aber auch die zahlreichen Grenzmuseen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze nennen, deren Ausstellungen jeweils unter besonderer Schwerpunktsetzung Mobilität als Wunsch und als Praxis beleuchten. Diese Auslagerung von Mobilität an die Grenze wirkt künstlich, denn letztlich sind Mobilität und Migration omnipräsente und essenziell formende Bestandteile einer jeden Gesellschaft. Dass dies auch für die deutsch-deutsche Geschichte gilt, scheint die Forschung gerade erst zu entdecken.

Alltag der Verflechtung

In der Literatur finden sich viele eindrückliche Erfahrungsberichte der eingeschränkten Mobilität im geteilten Land. Zu nennen sind hier die zahlreichen Publikationen von Friedrich Christian Delius, Anna Schädlichs Beschäftigung mit grenzüberschreitenden Kindheiten oder Jutta Voigts Lesebuch zum Westbesuch.¹⁰⁴ Dass der Besuch im Westen allerdings nicht nur ein Wunsch vieler DDR-Bürger war, sondern auch eine Ressource für die bundesdeutsche geheimdienstliche Aufklärung, zeigen die vom gesamtdeutschen beziehungsweise innerdeutschen Ministerium erstellten Befragungen von Besuchern aus der DDR.¹⁰⁵ Diese geheimen Umfragen waren in die Begrüßungszeremonie von Besuchern eingeflochten. Die Befragenden versprachen sich Erkenntnisse über die Gesellschaft hin-

102 Ebd., S. 187–190.

103 Vgl. insb. Tobias Wunschik, Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970–1989), Göttingen 2014; Jan Philipp Wölbern, Die historische Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge im Strafvollzug der DDR, Studie im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer, Potsdam 2015.

104 Vgl. Friedrich Christian Delius/Peter Joachim Lapp, Transit Westberlin. Erlebnisse im Zwischenraum, Berlin 1999; Friedrich Christian Delius, An der Grenze, in: ders., Tanz durch die Stadt. Aus meinem Berlin-Album, Berlin 2014, S. 46–49; Jutta Voigt, Westbesuch. Vom Leben in den Zeiten der Sehnsucht, Aufbau Verlag, Berlin 2011, 228 S., kart., 8,95 €; Anna Schädlich (Hrsg.), Ein Spaziergang war es nicht. Kindheiten zwischen Ost und West, Heyne Verlag, München 2012, 317 S., geb., 19,99 €.

105 Everhard Holtmann/Anne Köhler, Wiedervereinigung vor dem Mauerfall. Einstellungen der Bevölkerung der DDR im Spiegel geheimer westlicher Meinungsumfragen, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2015, 323 S., kart., 39,90 €.

ter der Mauer, wie Akzeptanzwerte der SED, Unruhepotenziale und Reaktionen auf politische Entwicklungen. Es ist ein Verdienst Everhard Holtmanns und Anne Köhlers – Köhler führte diese Befragungen jahrzehntelang selbst durch –, diese Umfragen erstens der Wissenschaft zur Kenntnis zu bringen und zweitens ihre Ergebnisse zugänglich zu machen, wobei Letzteres jedoch seine Fallstricke hat. Leider kann sich das Buch nicht ganz zwischen Quellenedition und kontrollierter Offenlegung von nach wie vor vertraulichem Material entscheiden, sodass die präsentierten Passagen quellenkritisch schwer einzuordnen sind, ja letztlich keine wissenschaftlichen Standards einhalten. Dies macht die Lektüre zu einem zwar spannenden, zugleich aber ärgerlichen Unterfangen.

Die Auswahl der Umfragejahre bleibt ebenso unklar wie die Hintergründe der Auswahl der Quellenauszüge, die sich vor allem auf die Auswertungen in Textform bezieht und Rohdaten nur selektiv per Faksimile anbietet, oder die den Befragungen vorausgehenden administrativen Prozesse der Umfragebeauftragung. Zwar betonen Autorin und Autor, dass sich bereits die ministeriell beauftragten Befragenden von Infratest der »Verzerrungen« durch die Befragungsart von Reisenden bewusst gewesen seien.¹⁰⁶ Allerdings hat dies kaum Auswirkungen auf den Aufbau des Buches, was analytisch die Relevanz der Beobachtung zweiter Ordnung für die Konstitution des Untersuchungsobjekts – und vor allem die Kategorisierung von Fragen und Analysen – vollkommen ausblendet. Dabei zeugen die Umfragen in mindestens gleich großem Maße von Ansichten über die DDR wie über das Interesse der bundesdeutschen Interviewenden. So spannend die edierten Quellen zu sein versprechen, so schwer sind sie aufgrund der Art der Edition wissenschaftlich einzuordnen, das Potenzial einer den üblichen wissenschaftlichen Standards folgenden Quellenedition wird nicht genutzt. Dies kann als kennzeichnend für das Grunddilemma der deutsch-deutschen Zeitgeschichte verstanden werden: der fehlenden Äquidistanz gegenüber ihren Untersuchungsgegenständen bereits auf der Ebene des materiellen Zugriffs auf grundlegende Quellen.

Anders gehen die Herausgeber eines kleinen, wissenschaftlich bislang kaum beachteten Bandes mit genau diesem Dilemma der ungleichen Beobachtungsperspektiven um.¹⁰⁷ Mit einer sehr bunten Auswahl an kurzen Erlebnisberichten über einen entstehenden grenzüberschreitenden Berliner Kulturraum Ende der 1980er-Jahre wollen die von Hans Joachim Rieseberg und Dieter Winkler zusammengeführten Autorinnen und Autoren bewusst subjektiv an die »vielfältigen deutsch-deutschen Kontakte, Initiative[n] und Projekte von unten« erinnern.¹⁰⁸ Dies gelingt eindrücklich, und so bietet diese Sammlung, die sich in ein großteils abseits der führenden wissenschaftlichen Verlage und Wissenschaftsförderungsstrukturen entstehendes Genre der gelebten deutsch-deutschen Geschichte einbringt, zahlreiche Ansatzpunkte für weitergehende Fragen.¹⁰⁹

Anschaulich bieten diese Bücher spannende Episoden und anregende Ideen an, die sich – anders als vor allem die Geschichtswissenschaft zur DDR – nicht an Organisationseinheiten, Institutionen oder Gruppen, sondern an gesellschaftlichen Phänomenen ausrichten. Diese Themen harren aber einer tiefer gehenden, kritischen Standards entsprechenden Beschäftigung, weswegen die wissenschaftliche Erkundung der Heterogenität des deutsch-deut-

106 Ebd., S. 22.

107 *Hans Joachim Rieseberg/Dieter Winkler* (Hrsg.), *Brücken über die Mauer. Deutsch-deutsche Kontakte, Initiativen und Projekte von unten vor 1989 in Berlin*, Schibri-Verlag, Berlin/Milow etc. 2011, 199 S., kart., 14,80 €.

108 *Dieter Winkler*, Wunsch an die jungen Historiker – Ein Nachwort, in: ebd., S. 191–199, hier: S. 195.

109 Vgl. hierzu Anm. 140 und weiterhin zum Beispiel *Jürgen Brand*, *Meine Jugend in der DDR*, Berlin 2014; *Wilfried Bergholz*, *Die letzte Fahrt mit dem Fahrrad. 19 Gespräche mit Matteo über Mut, Glück und Aufbegehren in der DDR*, Hamburg 2016.

schen Alltags jenseits charmanter Erzählungen und kurzer Aufsätze eine größere historiografische Herausforderung bleibt.¹¹⁰

Migration als Einwanderungsgeschichte

In jenem Bereich, den wir im weitesten Sinne als Migration bezeichnen können, ist derzeit deutlich mehr Bewegung. Interessanterweise bettet sich diese Forschung stark in die Zeitgeschichte des jeweiligen Staats ein und zeigt bis auf wenige Ausnahmen größere Berührungspunkte mit der Migrationsforschung, die für einige der zentralen Fragen – auch der Migration zwischen beiden Deutschlands – eine Vielzahl an Ansätzen, kaum aber eigene empirische Studien anzubieten hat.¹¹¹

Dies gilt insbesondere für die seit knapp zwei Jahrzehnten aufblühende Einwanderungsgeschichte der Bundesrepublik.¹¹² Hier ist ein überraschendes Manko festzustellen. Denn obwohl die sozialhistorische Migrationsforschung einen analytischen Migrationsbegriff entwickelt hat, der sich als Dachbegriff über diverse Mobilitätsformen den politisierten und stets fluktuierenden Konstruktionen neuer Kategorien (Zuwanderer, Aussiedler, Vertriebene, Gastarbeiter, Flüchtlinge et cetera) entzieht, bleibt in der Geschichte des Einwanderungslands Bundesrepublik die Zuwanderung aus der DDR unterbelichtet.¹¹³ Einer rein quantitativen, aber keiner nachvollziehbaren inhaltlichen Argumentation folgend, findet sich in den gängigen Darstellungen hier und da ein kurzer Seitenblick auf die Masseneinwanderung vor dem Mauerbau, wohingegen die hunderttausendfache deutsch-deutsche Migration nach dem Mauerbau gedanklich aus der Migrationsgeschichte der Bundesrepublik ausgeschlossen wird. Dies reproduziert sich auch in der Studie von Duncan Cooper zur Einwanderung in die Bundesrepublik. In dieser geht Cooper der durchaus grundlegenden Frage nach, wie sich im (sich lange selbst verleugnenden) Einwanderungsland Bundesrepublik angesichts massiver Zuwanderung über Jahrzehnte das Verständnis der deut-

110 Während die Themen Besuchsreisen und Transit deutlich mehr wissenschaftliche Aufmerksamkeit verdienen, kommt derzeit ins Feld der Postkontakte Bewegung. Vgl. dahin gehend *Christian Härtel/Petra Kabus* (Hrsg.), *Das Westpaket. Geschenksendung, keine Handelsware*, Berlin 2000; *Rainer Gries*, »Dein Päckchen nach drüben«. Antikommunismus für jedermann, in: *Creuzberger/Hoffmann*, »Geistige Gefahr« und »Immunsierung der Gesellschaft«, S. 335–354; als Ansatzpunkt für eine Betonung der deutsch-deutschen Komponenten auch auf der Untersuchungsebene vgl. *Konstanze Soch*, »Päckchen von drüben«. Der Päckchen- und Paketverkehr als trennendes und verbindendes innerdeutsches Phänomen, in: *Deutschland Archiv*, 20.3.2017, und die nun erschienene Dissertation: *dies.*, *Eine große Freude? Der innerdeutsche Paketverkehr im Kalten Krieg (1949–1989)*, Frankfurt am Main/New York 2018.

111 Vgl. zum Beispiel *Monica Boyd*, *Family and Personal Networks in International Migration. Recent Developments and New Agendas*, in: *International Migration Review* 23, 1989, S. 638–670; *Thomas Faist/Eyüp Özveren* (Hrsg.), *Transnational Social Spaces. Agents, Networks, and Institutions*, Aldershot 2004; *Steven J. Gold*, *Migrant Networks. A Summary and Critique of Relational Approaches to International Migration*, in: *Mary Romero/Eric Margolis* (Hrsg.), *The Blackwell Companion to Social Inequalities*, Malden/Oxford 2005, S. 256–285; *Jan Lucassen/Leo Lucassen* (Hrsg.), *Migration, Migration History, History. Old Paradigms and New Perspectives*, Bern 2005; *Christiane Harzig/Dirk Hoerder*, *What Is Migration History?*, Cambridge 2009; *Jochen Oltmer*, *Das Aushandeln von Migration. Historische und historiographische Perspektiven*, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 14, 2016, S. 333–350; *Christoph Rass/Frank Wolff*, *What Is in a Migration Regime? Genealogical Approach and Methodological Proposal*, in: *Andreas Pott/dies.* (Hrsg.), *Was ist ein Migrationsregime? What Is a Migration Regime?*, Wiesbaden 2018, S. 19–64.

112 Als wegweisende Bestandsaufnahme vgl. *Aytaç Eryılmaz* (Hrsg.), *Projekt Migration*, Köln 2005; *Jochen Oltmer*, *Migration vom 19. bis zum 21. Jahrhundert*, Berlin/Boston 2013.

113 Zum Konzept: *Klaus J. Bade*, *Sozialhistorische Migrationsforschung*, Göttingen 2004.

schen Identität veränderte.¹¹⁴ Damit erweitert er die sozialhistorische Migrationsforschung durch eine stärker kulturhistorische Perspektive, konzentriert sich jedoch weiterhin auf Migration als die Geschichte von »Fremden im Land«.¹¹⁵ Obwohl Cooper punktuell auf die innerdeutsche Migration als Streitpunkt der frühen Bundesrepublik verweist, bleibt dieser Aspekt aus der Analyse der deutschen Identität weitgehend ausgeschlossen.¹¹⁶ Dies übersieht, dass die Frage der Zugehörigkeit und auch des Deutschseins vor dem Mauerbau vor allem in Bezug auf (im Sinne des Grundgesetzes) als deutsch geltende Einwanderer debattiert wurde.¹¹⁷ Und nach dem Mauerbau wurden vor allem anhand der Zuwanderer aus der DDR jene Zugehörigkeitsfragen debattiert, die der Kalte Krieg schuf. Dies betraf explizit die Grenzen nationaler und ethnischer Zugehörigkeit, wobei insbesondere ab den 1970er-Jahren die durch zunehmende grenzüberschreitende Mobilität virulent werdende Frage nach der Bedeutung des »Deutschen« zu Zeiten zweier kollidierender Staatsangehörigkeiten nicht nur Politik und Medien, sondern auch die Gerichte bis hin zum Bundesverfassungsgericht intensiv beschäftigte.¹¹⁸ Wenn die Migrationsgeschichte also den selbst verordneten Dachbegriff der Migration erst nimmt, ist es eine spannende Aufgabe zukünftiger Forschungen, diese co-ethnische Migration in die sich mittlerweile verfestigenden Narrative des Einwanderungslands zu integrieren.¹¹⁹

Angesichts dieses Forschungsbedarfs klingt Joon-Young Hurs Studie zur Integration ostdeutscher Flüchtlinge in der Bundesrepublik sehr vielversprechend.¹²⁰ Diesem weitgehend unerforschten Thema widmet er sich mit einem besonderen Interesse an Fragen der bundesdeutschen Governance, was im Lichte aktueller verwaltungs- und bürokratiehistorischer Arbeiten zahlreiche spannende migrationshistorische Schnittstellen verspricht.¹²¹

114 *Duncan Cooper*, *Immigration and German Identity in the Federal Republic of Germany from 1945 to 2006* (Studien zu Migration und Minderheiten, Bd. 22), Lit Verlag, Münster/Berlin etc. 2012, XVIII + 518 S., kart., 54,90 €.

115 Vgl. zum Beispiel *Klaus J. Bade* (Hrsg.), *Fremde im Land. Zuwanderung und Eingliederung im Raum Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg*, Osnabrück 1997; *ders.*, *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2000; *ders./Jochen Olmer*, *Normalfall Migration*, Bonn 2004; jüngst die Auswanderung aus der DDR auch nach 1961 stärker berücksichtigend: *Philipp Ther*, *Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa*, Berlin 2017.

116 Dies beschränkt sich de facto auf eine nah an den Ergebnissen von Volker Ackermann bleibende Darstellung der Debatte um den »echten« Flüchtling, vgl. *Cooper*, *Immigration and German Identity in the Federal Republic of Germany from 1945 to 2006*, S. 88–98; *Volker Ackermann*, *Der »echte« Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961*, Osnabrück 1995.

117 Vgl. *Jannis Panagiotidis*, »The Oberkreisdirektor Decides Who Is a German«. *Jewish Immigration, German Bureaucracy, and the Negotiation of National Belonging (1953–1990)*, in: *GG* 38, 2012, S. 503–533; *ders.*, *Experimentierfeld der Migrationspolitik. Die Herausforderung der Aussiedlerintegration im Wandel der Zeit*, in: *Deutschland Archiv*, 16.1.2017, URL: <<https://www.bpb.de/240110>> [6.6.2018]; *Ackermann*, *Der »echte« Flüchtling*.

118 Vgl. zum Beispiel *Wilhelm A. Kewenig*, *Die deutsche Staatsbürgerschaft – Klammer der Nation?*, in: *Europa-Archiv* 42, 1987, H. 18, S. 517–522; *Dieter Blumenwitz*, *Die deutsche Staatsangehörigkeit und der deutsche Staat*, BVerfG, NJW 1988, 1313, *Juristische Schulung* 28, 1988, S. 607–613; *Ingo von Münch*, *Die deutsche Staatsangehörigkeit. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft*, Berlin 2007, S. 104f.

119 Dies betrifft auch die Frage der Vergleichbarkeiten der Aufnahme von Flüchtlingen zu verschiedenen Zeiten.

120 *Joon-Young Hur*, *Die Integration ostdeutscher Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland durch Beruf und Qualifikation* (Europäische Hochschulschriften, Bd. 599), Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main/Berlin etc. 2011, XII + 172 S., kart., 34,80 €.

121 Für eine gänzlich andere Perspektive vgl. *Laura Wehr*, »Da sind wir einfach aus einem Leben raus und in ein neues rein!«. *Die Ausreise aus der DDR als familienbiografische Grenzerfah-*

Leider bemüht sich Joon-Young Hur nicht einmal, an solche Aspekte anzuknüpfen, sondern handelt die äußerst komplexe Zeit von 1949 bis 1990 derart schnell und schematisiert ab, dass in der Arbeit weder Ambivalenzen noch Nuancen oder prägende politische Konflikte sichtbar werden. Ohne Archivquellen und leider vor allem ohne größeres Interesse an den Migranten selbst, die die Integration ja zu leisten hatten, wirkt nicht nur die Geschichte der Integration, sondern auch sein Konzept von Governance seelenlos. Dies ist insbesondere angesichts der letztlich sein Interesse leitenden und sehr spannenden Frage, wie sich die Integrationserfahrungen ostdeutscher Flüchtlinge in der Bundesrepublik auf die koreanische Halbinsel beziehen lassen, mehr als bedauerenswert.¹²²

Während sich die auf die Bundesrepublik konzentrierte Migrationsforschung also schwertut, die deutsch-deutsche Mobilität in den von ihr geschaffenen weiten Migrationsbegriff analytisch mit einzubeziehen, kommt dem Thema der Ausländer in der DDR zunehmend Aufmerksamkeit zu. Auslöser war dabei vor über zehn Jahren ein Sammelband von Christian Th. Müller und Patrice Poutrus. Dieser nähert sich mit dem Fokus auf die DDR erstens der Präsenz von »Fremden im Land« an und versucht sich zweitens auf Basis der dabei bemerkten fehlenden Integrationspolitik und multikulturellen Praxis um Ansätze, den virulenten Rechtsradikalismus und Rassismus in den neuen Bundesländern herzuleiten.¹²³ Viele der in diesem Band versammelten Fallstudien bilden nach wie vor den Stand der Forschung. Diesen anhand chilenischer Flüchtlinge auszuweiten, nimmt sich Sebastian Koch vor.¹²⁴ Deren Fall ist aus deutsch-deutscher Perspektive besonders interessant, da sie in beiden deutschen Staaten Aufnahme fanden und in größerer Zahl geschickt versuchten, die Vorzüge und Nachteile beider Systeme durch Mobilität gegeneinander auszuspielen.¹²⁵ An den chilenischen Flüchtlingen lässt sich hervorragend die Differenz zweier Aufnahmesysteme demonstrieren. Die Bundesrepublik gewährte widerwillig, aber letztlich auf der Basis von Verfolgungserfahrungen Asyl, während die DDR politischen Emigranten zum Beispiel aus Chile großzügiger einen sicheren Hafen anbot, dieses Angebot jedoch daran knüpfte, dass diese sich in das politisch-soziale Korsett des SED-Staats einhegen ließen. Diese Einschränkung ist bedeutsam, denn sie bewirkt eine Zweckumkehr vom Schutz des internationalen Flüchtlingsrechts zur politisch motivierten Gabe des aufnehmenden Staats. Diese Limitierung schloss eine zunehmende Zahl an Chilenen aus, deren (oft durchaus sozialistischer) Geist an der Realität der DDR schnell ernüchterte. Andere blieben von vornherein aufgrund politischer Erwägungen von Aufnahmeleistungen oder gar der Aufnahme selbst ausgeschlossen. Dies leitet auf eine weitere deutsch-deutsche Komponente über, denn aufgrund ihres Passes hatten Chilenen Bewegungsfreiheit über die innerdeutschen Grenzen. So steht ihre Geschichte in überaus spannender Form auch für die Agency von Migranten und ihre andauernde Suche nach Optionen für ein besseres

rung, in: *Kulturen* 7, 2013, H. 2, S. 4–17; *dies.*, »Und zum 30. Ausreisejahrestag haben wir die Großfamilie eingeladen und die Stasiakte noch mal zusammen angeschaut«. Ost-West-Migration im familialen Gedächtnis von DDR-ÜbersiedlerInnen, in: *Irene Götz* (Hrsg.), *Europäische Ethnologie in München. Ein kulturwissenschaftlicher Reader*, Münster 2015, S. 383–404.

122 Vgl. für eine solche Fragestellung auch die deutlich nuanciertere Arbeit von *Dong-Ki Lee*, *Option oder Illusion? Die Idee einer nationalen Konföderation im geteilten Deutschland 1949–1990*, Berlin 2010.

123 *Christian Th. Müller/Patrice G. Poutrus* (Hrsg.), *Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft*, Köln/Weimar etc. 2005.

124 *Sebastian Koch*, *Zuflucht DDR? Chilenische Flüchtlinge und die Ausländerpolitik der SED* (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart), Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2016, 416 S., geb., 49,90 €.

125 *Patrice G. Poutrus*, »Teure Genossen«. Die »politischen Emigranten« als »Fremde« im Alltag der DDR-Gesellschaft, in: *Müller/ders.*, *Ankunft – Alltag – Ausreise*, S. 221–266, hier: S. 261–264.

Leben. Solchen genuin mit dem Thema verwobenen deutsch-deutschen Facetten geht Sebastian Koch in seiner als generelle Geschichte der Chilenen in der DDR angelegten Arbeit leider nicht nach. Zwar stößt er zwangsläufig immer wieder auf diese Punkte, lenkt aber seinen Blick direkt wieder zurück in die DDR, um sich den Erfolgen der Integration der Anpassbaren zu widmen. Dass er also genau jenen Aspekten nicht nachspürt, an denen das repressive System der DDR für von der Linie abweichende Zuwanderer schmerzhaft wurde, kann angesichts des breiten Forschungsstands zur Unterdrückung durch selektive Privilegierung in der DDR letztlich nur verwundern.

Die gegenwärtige Vertriebenenforschung für die DDR zeigt, wie Geflüchtete ihre eigene Agency geltend machten. Den bestehenden Forschungsstand zusammenführend und durch intensive eigene Recherchen in ein Bild einend, legt Heike Amos die vielfältigen politischen Herausforderungen für die SED dar.¹²⁶ Sie verdeutlicht dabei, dass die ungefähr 4,3 Millionen »Umsiedler« in der SBZ für die im Staatsaufbau begriffene SED erstens eine soziale Herausforderung darstellten. Zweitens konterkarierten Zwangsmigranten die Darstellung der Roten Armee als rein heroische Befreier, was sie zu einem ideologischen Problem werden ließ. Darum entlastete, drittens, ihre mögliche (und massenhafte) Weiterwanderung in die Bundesrepublik einerseits, stellte andererseits aber den Ruf der jungen DDR als attraktives Land infrage.

Wie stark die SED-Führung hin- und hergerissen war zwischen dem Nutzbarkeitsgedanken von Migration und der Furcht vor unkontrollierbaren, vielleicht sogar Reisewünsche weckenden interkulturellen Kontakten, verdeutlicht die Forschung besonders anschaulich am Thema der sogenannten Vertragsarbeiter in der DDR. Diesen nähert sie sich oft mit einem gruppenspezifischen Fokus, um die Möglichkeiten – oder eher die systematische Verunmöglichung – von Integration durch die von Misstrauen gekennzeichnete Politik der SED zu untersuchen. Dieses Misstrauen bezog sich wohlgermerkt sowohl auf DDR-Bürger als auch die angeworbenen Ausländer.¹²⁷ Einige Ergebnisse fasst ein von Almut Zwengel edierter Sammelband zusammen.¹²⁸ Er widmet sich in zahlreichen Facetten den Lebenswelten von ausländischen Arbeitskräften in der DDR, bleibt dabei aber im Rahmen der etablierten, nationalisierten Denkschemen sowohl der Einwanderergruppen als auch des Systems bilateraler Arbeitsverträge selbst.¹²⁹ Damit bleibt der im Untertitel des Buches prominent herausgestellte »politische Kontext« auf die DDR beschränkt. Es sollte

126 *Heike Amos*, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernr.), Oldenbourg Verlag, München 2009, 298 S., kart., 39,80 €; vgl. dahin gehend auch *Helge Heidemeyer*, Vertriebene als Sowjetzonenflüchtlinge, in: *Dierk Hoffmann* (Hrsg.), Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000, S. 237–249; *Andreas Thüsing/Wolfgang Tischner*, »Umsiedler« in Sachsen. Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen 1945–52. Eine Quellensammlung, Leipzig 2005; *Michael Schwartz*, Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR und in der Bundesrepublik, in: *VfZ* 56, 2008, S. 101–151.

127 Grundlegend: *Müller/Poutrus*, Ankunft – Alltag – Ausreise; weiterhin: *Almut Riedel*, Doppelter Sozialstatus, späte Adoleszenz und Protest. Algerische Vertragsarbeiter in der DDR, in: *KZfSS* 53, 2001, S. 76–95; *Kim Christian Priemel* (Hrsg.), Transit – Transfer. Politik und Praxis der Einwanderung in die DDR 1945–1990, Berlin 2011; *Ulrich van der Heyden/Wolfgang Semmler/Ralf Strassburg* (Hrsg.), Mosambikanische Vertragsarbeiter in der DDR-Wirtschaft. Hintergründe – Verlauf – Folgen, Berlin/Münster 2014.

128 *Almut Zwengel* (Hrsg.), Die »Gastarbeiter« der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt (Studien zur DDR-Gesellschaft, Bd. 13), Lit Verlag, Münster/Berlin 2011, III + 318 S., kart., 29,90 €.

129 Für eine kritische Perspektive auf die wissenschaftliche Reproduktion politischer Denkmuster durch die Überlappung von Ethnizität und Gruppe vgl. *Rogers Brubaker*, Ethnicity without Groups, in: *European Journal of Sociology* 43, 2002, S. 163–189.

aber nicht übersehen werden, dass »Gastarbeit« und »Vertragsarbeit« in systemischer Verbindung standen – einerseits durch europäische Konkurrenz und andererseits durch die Einbindung in die politischen Blöcke. Der Kontext auch der Vertragsarbeit in der DDR war ein sich im Laufe des 20. Jahrhunderts entwickelndes, (mindestens) europäisches System bilateral regulierter Arbeitswanderung. In diesem waren sowohl die Bundesrepublik als auch (noch deutlicher) die DDR Späteinsteiger, die letztlich auf zuvor eher marginale Herkunftsnationen zurückgreifen mussten.¹³⁰ Was dies für die DDR, ihre Ökonomie und für die deutsch-deutsche Konkurrenz bedeutete, bleibt eine offene Frage. Ebenso steht der gruppenspezifische Zugriff dem Anschluss an eine übergreifende Geschichte der Fremdheitskonstruktion und der Fremdheitserfahrung in der DDR und im geteilten Deutschland entgegen, die auch vor über zehn Jahren angedacht wurde, einer Vertiefung aber weitgehend harrt.¹³¹

Wesentlich mehr Aufmerksamkeit erhielt in den letzten Jahren hingegen eine andere, oft als besonders exotisch empfundene Facette der deutschen Migrationsgeschichte: die Abwanderung von West nach Ost. Diese Attraktivität mag in der Selbstdarstellung der involvierten Akteure liegen, vor allem aber im erwarteten Leserinteresse, denen die Wanderung in diese Richtung besonders erklärungsbedürftig zu sein scheint. Dabei war sie, wie viele der Bücher oft eher aus Versehen denn intentional darstellen, ein weiterer Ausdruck des »Normalfalls Migration«, den aufgrund der oft dominanten privaten Migrationsmotivationen zwar seltener, aber dennoch regelmäßig in von außen als unattraktiv empfundene Länder führt.¹³²

Claudia Lepp nähert sich diesem Erklärungsbedarf dadurch, dass sie auf den kirchlichen Bereich blickt. Als Kennerin sowohl der Kirchengeschichte als auch der Migrationsforschung begrenzt sie damit geschickt den Fokus auf jene Menschen, die entgegen der Massenflucht in den Westen vor dem Mauerbau einerseits aus seelsorgerischem Pflichtbewusstsein, andererseits auch als individuelle Vertreter einer gefährdeten Einrichtung in der antiklerikalen DDR unter Walter Ulbricht in den Osten gingen.¹³³ Wir blicken damit in ein mehrfaches Dilemma und somit in den Kern der sozialen und institutionellen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten jenseits des Regierungshandelns.¹³⁴ So schwindet das Unverständliche der Abwanderung in eine Diktatur und ermöglicht anhand dreier Schwerpunkte, der Politik der DDR gegenüber den Zuwanderern (und damit auch der Kirche allgemein), der Haltung der grenzüberschreitend denkenden Kirchen und der Übersiedler selbst, die nach ihrem Dienst oft zu Rückwanderern in den Westen wurden, eine knappe und dennoch facettenreiche Darstellung der komplizierten Entscheidungen und Loyalitäten der Betroffenen. Der Weg in den Osten war demnach auch Ausdruck eines zugleich institutionellen wie persönlichen Pflichtgefühls und trug entscheidend zur sozialen Diversifizierung der DDR vor dem Mauerbau bei.

130 Vgl. *Christoph Rass*, *Institutionalisierungsprozesse auf einem internationalen Arbeitsmarkt. Bilaterale Wanderungsverträge in Europa zwischen 1919 und 1974*, Paderborn/München etc. 2010.

131 Vgl. hierzu vor allem die erhellenden Beiträge in: *Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus* (Hrsg.), *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003.

132 Vgl. hierzu: *Bade/Oltmer*, *Normalfall Migration*.

133 *Claudia Lepp*, *Wege in die DDR. West-Ost-Übersiedlungen im kirchlichen Bereich vor dem Mauerbau*, Wallstein Verlag, Göttingen 2015, 224 S., geb., 29,00 €.

134 Damit geht Lepp auch über Arbeiten hinaus, die in der kirchlichen Zusammenarbeit über Grenzen hinweg in erster Linie eine Erfolgsgeschichte sehen wollen. Vgl. zum Beispiel: *Martin Cordes* (Hrsg.), *Durch die Ritzen der Mauer. Kontinuitäten, Brüche, Neuanfänge in kirchlichen Partnerschaften nach 1949*, Hannover 2011.

Anders nähert sich mit Bernd Stöver einer der besten Kenner des Kalten Kriegs dem Themenfeld.¹³⁵ Sein Buch ist zweigeteilt und ein Wagnis, denn er versucht im ersten Buchteil eine ausführliche Strukturgeschichte der West-Ost-Übersiedlung, gefolgt von einigen ausgewählten individuellen Fällen. So (erwartbar) spannen sich die individuellen Fälle lesen, so instruktiv ist der allgemeine Teil, der als eine erste strukturierte und betont wissenschaftlich nüchterne Annäherung an die kontroverse West-Ost-Wanderung gelten kann. Leider öffnet sich dabei eine Kluft. Denn während Stöver im vorderen Teil darlegt, dass ein Großteil der Übersiedlung jenseits der politischen Bühnen stattfand und privaten Motiven folgte, fokussiert er im zweiten Teil auf eine Auswahl der damals bereits viel Aufmerksamkeit auf sich ziehenden Fälle, seien es hochrangige Deserteure, wichtige Spione oder zur Schau gestellte Privatpersonen. Dies schadet der Darstellung keineswegs, ruft aber nach einer Balancierung der Fälle anhand der Frage, wie es denn den vielen öffentlich unbekanntem Übersiedlern in den Kommunismus erging.

Eine Antwort darauf kann man zumindest für die Zeit der Existenz der Berliner Mauer von Thomas Weißbachs Buch zur West-Ost-Übersiedlung erwarten, das sich diesem »schweren Weg« widmet.¹³⁶ Dabei deutet der Titel die (durchaus berechnete) Grundannahme an, dass die West-Ost-Migration nach dem Mauerbau ihren (trügerischen) Hoffungscharakter der Aufbaujahre gänzlich verloren hatte und zu einer oft rein privaten Konzession wurde. Die Dissertation rahmt dieses Feld einerseits durch eine Analyse der Aufnahmeverfahren und des institutionalisierten Misstrauens des SED-Staats gegenüber diesen Zuwanderern und ergänzt es andererseits mit einigen Fallbeispielen.¹³⁷ Dabei bleibt aber viel analytisches Potenzial auf der Strecke, da Weißbach den Versuch scheut, seine Ergebnisse zu einem kohärenten Argument zu verdichten und in aktuelle Forschungsdebatten zu integrieren. Dies würde seine Wanderungsgeschichte in jenem deutsch-deutschen Kontext verorten, aus dem sie historisch erwuchs.¹³⁸

Gänzlich anders liest sich dahin gehend Susanne Muhles umfangreiche Studie zu den Entführungen in die DDR durch das MfS.¹³⁹ Obgleich ein quantitativ eher marginales Thema der deutsch-deutschen Mobilität, ist es ein machthistorisch umso mehr bedeutendes. Ausführlich betrachtet sie die Praktiken der Entführung von Agenten, Kritikern oder »Verrätern« ebenso wie das Profil der Entführer. Damit legt sie eine Analyse für eine besonders infame Tätigkeit des MfS vor, die über Jahre Bestand haben wird.¹⁴⁰ Dabei bewegt sie

135 *Bernd Stöver*, *Zuflucht DDR. Spione und andere Übersiedler*, Verlag C.H. Beck, München 2009, 383 S., geb., 24,90 €; zu seiner Expertise vgl. vor allem seine monumentale Studie: *ders.*, *Die Befreiung vom Kommunismus*.

136 *Thomas Weißbach*, *Schwerer Weg. Übersiedlung aus der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin in die DDR 1961–1989* (Schriftenreihe Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 82), Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2011, 296 S., kart., 85,00 €.

137 Für eine zusammenfassende und scharf analysierende Darstellung der Aufnahmeheime vgl. insb. *Tobias Wunschik*, *Migrationspolitische Hypertrophien. Aufnahme und Überwachung von Zuwanderern aus der Bundesrepublik Deutschland in der DDR*, in: *IMIS-Beiträge*, 2007, Nr. 32, S. 33–60.

138 Zudem muss angemerkt werden, dass der zuweilen deskriptiv-technokratische Schreibstil und der Satz des Verlags (allein das Inhaltsverzeichnis zieht sich unnötigerweise über zehn Seiten) die Lektüre des ansonsten durchaus empfehlenswerten Buchs deutlich erschweren.

139 *Susanne Muhle*, *Auftrag: Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR* (BStU Analysen und Dokumente, Bd. 42), Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen/Bristol 2015, 670 S., geb., 49,99 €.

140 In dieser klar ergebnisfokussierten Art geht diese Arbeit deutlich weiter als frühere, aber auch als später erschienene Studien zum MfS in der Bundesrepublik, die sich entweder auf das betont aufgewühlte Offenlegen skandalöser Aktivitäten oder das Andeuten eines Forschungsfelds verlegen, was Muhle analytisch umreißt. Vgl. *Hubertus Knabe* (Hrsg.), *West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von »Aufklärung« und »Abwehr«*, Berlin 1999; Enquetekommission »Ver-

sich konzeptionell auf den (etwas ausgetretenen) Pfaden der MfS-Geschichte, und nicht der ebenso gut heranziehbaren Forschung zur Zwangsmigration, die den Fokus mehr auf historische Analogien und vor allem die Entführten denn auf die Täter lenken würde. Dies hat zur Folge, dass die Entführten primär als »Opfer« auftreten und ihre Schicksale zwar thematisiert werden, aber selten in den Fokus der Studie geraten. Dennoch legt Muhle keineswegs nur eine Studie des MfS vor, da sie dessen Handeln immer wieder geschickt in den Kontext der deutsch-deutschen Geschichte einbettet. Besonders gelungen ist dahin gehend ihre Darstellung der Reaktionen des Westens, von Warnungen bis zur spezifischen Strafverfolgung solcher Entführungen, und der damals verbleibenden – und für die Logiken des Kalten Kriegs ganz entscheidenden – Unsicherheit im Westen, ob bei solchen Fällen eine Entführung oder ein Überlaufen stattgefunden habe.¹⁴¹

Wege aus der DDR

Als wichtigster demografischer Ausdruck des Kalten Kriegs in Deutschland gilt jedoch zweifellos die Auswanderung aus der DDR. Die zeitgenössisch als »Abstimmung mit den Füßen« bezeichnete Wahl mehrerer Millionen Bewohner der DDR, sich in der Bundesrepublik anzusiedeln, ist zugleich Mythos wie Forschungsgegenstand. Bei Letzterem treten derzeit zwei thematische Schwerpunkte hervor. Erstens wird die Untersuchung der Abwanderung vor dem Mauerbau primär als soziales Phänomen erforscht.¹⁴² Dies bringt Damian van Melis in einer knappen, aber glänzenden Arbeit auf den Punkt. Grundlegende sozialhistorische Analysen ergänzt er dabei durch eine scharfsinnige Analyse der Bedeutung der Massenabwanderung für die Politik der SED, die in der Auswanderung anfangs vor allem ein Ordnungsproblem sah und erst im Laufe der 1950er-Jahre die darin verborgene ökonomische Herausforderung erkannte.¹⁴³ Vor allem der umfangreiche Quellenanhang lässt dabei das starke dokumentarische Interesse des Buches erkennen.

Der zweite analytische Schwerpunkt liegt seit Öffnung der Archive auf der Ausreise aus der DDR und insbesondere auf den Repressionspraktiken des MfS. Dabei ruht der Fokus ganz klar auf der Zeit nach der Schlussakte von Helsinki vom 1. August 1975, da der KSZE-Prozess im Zuge der europäischen Entspannungspolitik für die SED vor allem zu einer innenpolitischen Herausforderung wurde. Die Bevölkerung berief sich immer wieder auf die darin verbrieften Rechte und leitete aus den internationalen Abkommen und Erklärungen ein Abwanderungsrecht ab, was die SED ihnen nicht zugestand.¹⁴⁴ Diese Fokussierung deckte bedeutende menschenrechtswidrige Machtpraktiken der SED auf, reduzierte

rat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten« des Niedersächsischen Landtags (Hrsg.), Stasi in Niedersachsen, 3 Bde., Göttingen 2017.

141 Muhle, Auftrag: Menschenraub, S. 268–368.

142 Dies ergänzt Volker Ackermanns Blick auf die restriktiven Aufnahmepraktiken der Bundesrepublik, vgl. Ackermann, Der »echte« Flüchtling.

143 Damian van Melis/Henrik Bispinck (Hrsg.), »Republikflucht«. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernr.), Oldenbourg Verlag, München 2006, 276 S., kart., 39,80 €.

144 Vgl. beispielsweise Hartmut Wendt, Die deutsch-deutschen Wanderungen – Bilanz einer 40jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise, in: Deutschland Archiv 24, 1991, S. 386–395; Bernd Eisenfeld, Die Ausreisebewegung. Eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens, in: Poppe/Eckert/Kowalczyk, Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, S. 192–223; Bernd Eisenfeld, Die Kriminalisierung der Antragsteller auf Ausreise, in: Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Recht und Rechtsprechung in der DDR? Vorträge in der Gedenkstätte »Roter Ochse« Halle (Saale), Magdeburg 2002, S. 63–76; Eisenfeld, Reaktionen der DDR-Staatssicherheit auf Korb III des KSZE-Prozesses; Lasse O. Johannsen, Die rechtliche Behandlung ausreisewilliger Staatsbürger in der DDR, Frankfurt am Main/Berlin etc. 2007.

aber ausgerechnet die Analyse des grenzüberschreitenden Themas Abwanderung auf eine Geschichte der DDR.¹⁴⁵

Jüngst brach Manfred Gehrman diesen Blick auf die Repression dadurch auf, dass er die innerdeutsche Migration als ein Migrantennetzwerk untersuchte. In diesem, so sein aus der globalen Migrationsgeschichte abgeleiteter Ansatz, schufen vor allem private migrationsermöglichende Netzwerke zwischen vormaligen und prospektiven Auswanderern einen Aktionsraum, in dem sich Auswanderer in Ketteneffekten und auf vielfältige Art gegenseitig den Weg aus der DDR ebneten.¹⁴⁶ Dies weist Renate Hürtgen in einer Mikrostudie der Ausreiseantragsteller im Kreis Halberstadt als eine Überdeutung der Netzwerkbeziehungen zurück.¹⁴⁷ In ihrer, im Gegensatz zur Gehrman's Buch auf detaillierter Archivarbeit aufbauenden Studie weist sie nach, dass die meisten Ausreiseantragsteller ihr Ersuchen vertraulich betrieben. Dabei gerieten sie oft in eine gesellschaftliche Isolation, in die sie das Handeln des Staats zudem intentional trieb. In bislang unbekannter Tiefe und Lebendigkeit und vor allem von großer Sensibilität geprägt, zeichnet Hürtgen damit die Beziehung zwischen jenen, die gänzlich mit Staat und System der DDR gebrochen hatten, und den lokalen Staatsvertretern nach, die im Abwanderungswunsch nicht weniger sahen als das Hinterfragen ihrer Herrschaft im Gesamten. Damit schließt Hürtgen methodisch an in letzter Zeit sehr erfolgreiche Arbeiten an, die die komplexen Sozialzusammenhänge zwischen Herrschaft und Bevölkerung in der DDR regional untersuchen, ohne sich auf eine Regionalgeschichte zu beschränken. Der Nachteil einer solchen Tiefenbohrung ist allerdings, dass dies bereits konzeptionell die Geschichte der Auswanderung aus der DDR zur reinen DDR-Geschichte reduziert, dass also mit der berechtigten Kritik an Gehrman's Annahmen das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. So bleibt es eine offene Frage, wie sich die Ergebnisse dieser wunderbaren Studie auf die Gesellschaftsgeschichte nicht nur eines Staats, sondern eben wie bei Migration üblich, mindestens zweier Staaten übertragen lassen.¹⁴⁸

Hier könnte die deutsch-deutsche Geschichte stark von der neueren Mobilitätsforschung profitieren, die sich dem von Georg Marcus formulierten Diktum der mobilen Ethnografie »Follow the People« verpflichtet sieht.¹⁴⁹ Indem Beobachter den betrachteten Akteuren in deren Mobilität folgen, entfaltet sich schnell eine (mindestens) zweistaatliche Lebenswelt mit regionalen Ankerpunkten. Solche Einblicke bieten für die deutsch-deutsche Mobilität insbesondere Selbstzeugnisse. Leider steckt die Forschung zu Selbstzeugnissen wie Autobiografik, Tagebüchern oder auch dem weiter gefassten *Life Writing* für die DDR im Vergleich zur weiteren Kulturwissenschaft und auch mit Blick auf den (post-)sojjeti-

145 Vgl. auch das dahin gehend exzellente Buch: *Patrick Major*, Behind the Berlin Wall. East Germany and the Frontiers of Power, Oxford/New York etc. 2010.

146 *Manfred Gehrman*, Die Überwindung des »Eisernen Vorhangs«. Die Abwanderung aus der DDR in die BRD und nach West-Berlin als innerdeutsches Migrantennetzwerk, Berlin 2009.

147 *Renate Hürtgen*, Ausreise per Antrag. Der lange Weg nach Drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz (BStU Analysen und Dokumente, Bd. 36), Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 2014, 338 S., geb., 24,99 €.

148 Dies ist auch deswegen eine entscheidende Frage, weil sich nur aus Sozial- und Kulturgeschichte dieser Migration die von Anne Wessner ansatzweise vermessene und bis heute sozial und wirtschaftlich prägende innerdeutsche Migration nach dem Mauerfall inklusive ihrer Stereotypen und Denkmuster erklären lässt. Vgl. *Anne Wessner*, Von »Ost« nach »West«. Innerdeutsche Migration junger Menschen, Tectum Wissenschaftsverlag, Marburg 2010, 131 S., kart., 24,90 €.

149 Vgl. dahin gehend zum Beispiel *Anna Lipphardt/Inga Schwartz*, Follow the People! Examining Migration Regimes through the Trajectories of Unauthorized Migrants, in: *Pott/Rass/Wolff*, Was ist ein Migrationsregime?, S. 187–205.

schen Raum noch in den Kinderschuhen.¹⁵⁰ Auch drängen sich mobilitätsfokussierte Selbstzeugnisse den Leserinnen und Lesern nicht unbeding auf. Denn während seit den 1990er-Jahren zahllose Erinnerungsschriften der wenigen Oppositionellen der DDR in prominenten Verlagen erscheinen, bleiben Erinnerungen von Ausreisewilligen seltsam absent auf dem Buchmarkt. Das ist gerade deswegen bemerkenswert, da diese mit einem biografischen Bruch eigentlich einen der Autobiografietheorie zufolge geradezu klassischen, biografieauslösenden Moment erlebten.¹⁵¹ Gäbe es hier nicht viel zu erzählen und vor allem zu hören?

Wenn Autobiografien von Ausreisenden den Weg auf den populären Buchmarkt finden, scheint ein Bezug der Ausgereisten zu einer (wie auch immer verstandenen) Bürgerrechtsbewegung essenziell. Dies galt bereits in den späten 1970er-Jahren für das erfolgreiche Buch des Arztes Horst Gundermann, der anschließend im rechtskonservativen Kreis um Gerhardt Löwenthal auf seine Art den Kalten Krieg betrieb, in den späten 1980er-Jahren für den Physiker Gabriel Berger oder nach dem Mauerfall für den ausgereisten Bürgerrechtler Peter Eisenfeld, dessen Autobiografie aus liberaler Perspektive die angebliche Polarität zwischen *Exit* und *Voice* grundlegend hinterfragt.¹⁵²

Ähnlich liegt es bei der Veröffentlichung des Tagebuchs von Dieter Riemann, der in Ostberlin als Fotograf lebte und dort Kontakte in die dissidentische Kunstszene und indirekt auch zu Vertretern Westdeutschlands hatte. Von diesem potenziellen Privileg konnte er allerdings kaum zehren, als er inmitten seines Ringens um die Ausreise begann, Tagebuch zu schreiben.¹⁵³ Es bietet tiefe Einblicke in seine Hoffnungen, in die Zermürbungen, denen er ausgesetzt war, und die gefühlte, Wut erzeugende Ohnmacht, die jahrelang sein Leben prägte. Sein Tagebuch ist darüber hinaus besonders lesenswert, weil es sich nicht als Kampfbeschreibung eines Individualisten gegen die SED versteht, sondern bis 1996 fortläuft. Dabei schildert es ein Leben, das sich durch Auswanderung und Mauerfall änderte, an dem aber auch die Langzeitwirkungen der Ausreise, die eben eine keineswegs herunterzuspielende Migrationserfahrung war, sichtbar werden. Obgleich dieses Buch vor mehr als zehn Jahren den Mehrwert einer solchen Perspektive auf die DDR verdeutlichte, blieb sein Effekt auf die Forschung und ein mögliches Subgenre der Auswandererbiografien gering. Zwar werden heute vermehrt Autobiografien von Ausreisewilligen publiziert. Sie erscheinen aber nur in randständigen Verlagen oder gar im Selbstdruck und gehen so leider

150 Vgl. zum Beispiel *Volker Depkat*, Autobiographie und die soziale Konstruktion von Wirklichkeit, in: GG 29, 2003, S. 441–476; *Marlene Kadar*, Essays on Life Writing. From Genre to Critical Practice, Toronto 1992; *Birgit Dahlke* (Hrsg.), German Life Writing in the Twentieth Century, Rochester 2010; *Sheila Fitzpatrick*, The Letter as a Work of Art. A Housing Claim in the Style of an Anкета, in: Russian History 24, 1997, S. 189–193; *Igal Halfin*, Terror in My Soul. Communist Autobiographies on Trial, Cambridge/London 2003; *Serguei Alex Oushakine*, The Patriotism of Despair. Nation, War, and Loss in Russia, Ithaca 2016; vgl. dahin gehend insb. jüngst: *Martin Sabrow*, Die Wahrheit der Wunschbiographie. Erich Honecker, in: *Volker Depkat/Wolfram Pyta* (Hrsg.), Autobiographie zwischen Quelle und Text, Berlin 2017, S. 187–204.

151 Vgl. hierzu *Volker Depkat*, Lebenswenden und Zeitenwenden. Deutsche Politiker und die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, München 2006; *Mary Jo Maynes/Jennifer L. Pierce/Barbara Laslett*, Telling Stories. The Use of Personal Narratives in the Social Sciences and History, Ithaca 2008; *Eva C. Karpinski*, Borrowed Tongues. Life Writing, Migration, and Translation, Waterloo 2012.

152 *Horst Gundermann*, Entlassung aus der Staatsbürgerschaft. Eine Dokumentation, Berlin 1978; *Gabriel Berger*, Mir langt's, ich gehe. Der Lebensweg eines DDR-Atomphysikers von Anpassung zu Aufruhr, Freiburg im Breisgau 1988; *Peter Eisenfeld*, »rausschmeißen...«. Zwanzig Jahre politische Gegnerschaft in der DDR, Bremen 2002.

153 *Dieter Riemann*, Laufzettel. Tagebuch einer Ausreise (Biographische Quellen, Bd. 3), Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 2005, 512 S., E-Book, 19,99 €.

an der Wissenschaft und, wohl noch viel wichtiger, an der Öffentlichkeit vorbei.¹⁵⁴ Die von Bertolt Brecht einst besungenen und von diesen Autorinnen und Autoren neu beschriebenen »Mühen der Ebene« einer Flucht ohne dramatische, lebensrisikante Höhepunkte verdienen jedoch deutlich mehr Aufmerksamkeit. In ihnen zeigen sich zahlreiche bislang nicht erforschte Facetten der deutsch-deutschen Lebensrealität in all ihren Widersprüchlichkeiten.

Über ein Zuwenig an Aufmerksamkeit kann sich das offene Geheimnis des »Freikaufs« hingegen nicht beschweren. Diese letzte hier zu betrachtende Ebene der deutsch-deutschen Verflechtungen ist zwar einerseits ein Unterthema der Ost-West-Migration, wurde interessanterweise aber seit den ersten Enthüllungen in den 1970er-Jahren vor allem im bundesdeutschen Kontext diskutiert, da sich die Bundesregierung skandalöserweise am »Menschenhandel« mit der DDR beteiligte.¹⁵⁵ Mit der zeitlichen Distanz beruhigten sich die Gemüter. So erschienen in den letzten Jahren wichtige Publikationen, die die Diskussion versachlichen, da sie nicht zur Anklage gegen eine Regierungspraxis schreiten. Sie erachten das Thema vielmehr als einen zentralen Aspekt der deutsch-deutschen Annäherung, an dem konkret die oft diskreten Kanäle zwischen beiden Staaten betrachtet werden können.

Diese ausgewogeneren Perspektiven lassen auch die Erinnerungen des für den »Freikauf« ganz entscheidenden Staatssekretärs Ludwig A. Rehlinger in neuem Licht erscheinen. Zuerst 1991 erschienen und nun aufgrund des anhaltenden Interesses am Thema neu aufgelegt, galten sie vielen Leserinnen und Lesern bis jüngst als die autoritative Darstellung vor allem der ersten Jahre des »Freikaufs«.¹⁵⁶ Anders als viele journalistische Beschäftigungen mit dem Thema bemühte sich Rehlinger darin – freilich nicht ohne Eigennutz – um einen betont sachlichen Ton. Diese Perspektive ergänzt nunmehr ein Quellenband des Bundesarchivs, der endlich zahlreiche Dokumente der entscheidenden, zum Großteil nach wie vor klassifizierten Bestände zugänglich macht.¹⁵⁷ Diese Quellen verdeutlichen dabei, dass beim Freikauf anfangs allein der Häftlingsfreikauf im Fokus stand, sich in dessen Folge durch Geld aber immer mehr Löcher in die Mauer bohren ließen. Dies auszugestalten, wurde zu einer entscheidenden Aufgabe wichtiger Unterhändler auf beiden Seiten.

Tief in dieses kontroverse Feld tauchen zwei fast zeitgleich erschienene Dissertationen ein, die den Ursprung und die Institutionalisierung des Freikaufs als deutsch-deutsche Geschichte in den Blick nehmen.¹⁵⁸ Dabei diente der Quellenband des Bundesarchivs als wichtige Ressource, um sonst nicht zugängliche westdeutsche Quellen in den Blick zu bekommen, wohingegen Rehlingers Memoiren beiden als Wetzstein für die eigenen Erkenntnisse dient. Beide Studien beschränken sich nicht darauf, die vorherige primär journalistische Beschäftigung mit dem Thema zu verwissenschaftlichen, sondern verbreitern den

154 *Inge Krausbeck*, *Ausreisezeit. Abschied von der DDR*, Münster 2009; *Eberhard Neckel*, *Der Ausreiseantrag. Mit dem Wind und gegen den Wind*, Norderstedt 2009; *Dorothe D. Kress*, *Das Wagnis. Die Geschichte einer Ausreise*, Radebeul 2011; *Martina Schoeneich*, *Deckname »Borke«*. Tagebuch einer Ausreise aus der DDR von 1979–1981, Dießen am Ammersee/Offenbach 2012.

155 Grundlegend: *Michel Meyer*, *Freikauf. Menschenhandel in Deutschland*, Wien/Hamburg 1978.

156 *Ludwig A. Rehlinger*, *Freikauf. Die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten 1963–1989*, Mitteldeutscher Verlag, Halle an der Saale 2011 (zuerst 1991), 279 S., kart., 19,90 €.

157 *Elke-Ursel Hammer* (Hrsg.), »Besondere Bemühungen« der Bundesregierung, Bd. 1: 1962 bis 1969. Häftlingsfreikauf, Familienzusammenführung, Agentenaustausch (Dokumente zur Deutschlandpolitik), Oldenbourg Verlag, München 2012, LXXX + 757 S., geb., 84,80 €. Zum Abschluss des Berichts lag der lange angekündigte Band 2 noch nicht vor.

158 *Alexander Koch*, *Der Häftlingsfreikauf. Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte*, Allitera-Verlag, München 2014, 445 S., kart., 39,00 €; *Jan Philipp Wölbern*, *Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen* (BSTU Analysen und Dokumente, Bd. 38), Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 2014, 563 S., geb., 39,99 €.

Blick anhand intensiver Archivarbeit mit Quellen sowohl aus der DDR als auch der Bundesrepublik und durch zahlreiche Zeitzeugeninterviews. Trotz vieler Gemeinsamkeiten der Bücher setzen sie unterschiedliche Schwerpunkte. Jan Philipp Wölbern konzentriert sich stärker auf eine akribisch recherchierte Organisationsgeschichte des Freikaufs, die er am Ende durch eine kontextualisierende Bewertung erweitert. Alexander Koch erkundet die Organisationsgeschichte des Freikaufs als Ausdruck der deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte auch jenseits (quasi-)staatlicher Akteure und damit als Gegenstand einer den Freikauf teilweise bekämpfenden, ihn teilweise zu nutzen versuchenden Öffentlichkeit. In gegenseitiger Ergänzung bieten sie eine prononcierte deutsch-deutsche Geschichte eines schmutzigen und zugleich als »humanitär« geltenden Geheimdeals zwischen beiden Staaten. Auf jeweils eigene Art entwickeln sie anhand eines zuvor primär bundespolitisch behandelten Themas eine integrierte deutsche Geschichte politischer Abwägungen, die für beide Seiten mit Vorzügen und Nachteilen kam. Nun liegt es an der weiteren Forschung, die damit dargestellten komplexen Kanäle politischer Aushandlung in eine größere deutsch-deutsche Gesellschaftsgeschichte zu integrieren.

IV. RESÜMEE

In letzter Zeit hörte der Autor dieses Berichts mehrfach unabhängig voneinander, auch von arrivierten Größen der DDR-Geschichte, dass aus dieser »der Saft raus« sei. Die großen Schlachten seien geschlagen, die Deutungen ausdifferenziert. Daraus eine Absage an die DDR-Geschichte abzuleiten, ist jedoch irreführend. Wir stehen lediglich vor der Normalisierung der DDR-Geschichte und damit, wie viele besprochene Bücher aufzeigen, vor dem Transzendieren vieler ihrer Grundannahmen und methodischen Rahmungen. Das Nachlassen des viel stärker an der Öffentlichkeitswirkung der Offenbarungen denn der geschichtswissenschaftlichen Innovationskraft ausgerichteten Aufarbeitungsdrucks ist darum eine große Chance, die Exotisierung der DDR innerhalb der deutschen Geschichte abzuschütteln. Dies bedeutet zuvorderst, das historiografische Verhältnis der DDR-Geschichte zur Bundesrepublik zu klären, um zu einer differenziert integrierten Zeitgeschichte zu gelangen.

Wo stehen wir heute? Vor mehr als 20 Jahren befürchtete der aus der DDR stammende Historiker Wolfgang Küttler, die deutsche Zeitgeschichte drohe im vereinigten Deutschland zu einer »mit einem größeren Nationalstaat westdeutsch bestimmt[en]« Erfahrung zu verkommen.¹⁵⁹ Er forderte, die Stimmen der Historikerinnen und Historiker aus der ehemaligen DDR ebenso öffentlich wahrzunehmen wie die ihrer westdeutschen Kolleginnen und Kollegen. Dieser ausgleichende Ansatz aus dem Werkzeugkasten der Mächtebalance des Kalten Kriegs fand nach dem Mauerfall wenig Anschlussmöglichkeiten. Dennoch ist Küttlers Befürchtung nicht so einfach von der Hand zu weisen. Wie dieser Überblick verdeutlicht, besteht unter dem Oberbegriff der deutschen Zeitgeschichte durchaus die starke Tendenz fort, die bundesdeutsche Geschichte mit der deutschen gleichzusetzen – sei es in Gesamtdarstellungen der deutschen Geschichte, sei es in Studien zur politischen Geschichte Deutschlands oder sei es in der Migrationsgeschichte. Dabei verkommt die Geschichte der DDR – oh Ironie – zu der eines Trabanten, der um die bundesdeutschen Kernthemen der deutschen zeithistorischen Erfahrungen kreist und im Prinzip nur dann Aufmerksamkeit auf sich zieht, wenn seine Präsenz die Schwerkraftverhältnisse im Westen

159 Wolfgang Küttler, Probleme des Geschichtsdiskurses im vereinigten Deutschland. Historisches Denken und Geschichtswissenschaft im Übergang, in: *Gustavo Corni/Martin Sabrow* (Hrsg.), *Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie*, Leipzig 1996, S. 159–186, hier: S. 169f.

beeinflusst. Doch auch umgekehrt hat sich eine DDR-Geschichte entwickelt, die sich durch den Fokus auf die Unterdrückungsmaßnahmen und einen oft systematisch hinter der Mauer bleibenden Forschungszuschnitt von einer allgemeinen deutschen Zeitgeschichte abgekapselt hat.

Diese Parallelisierung der Geschichte bricht derzeit durch eine zunehmende und sehr instruktive Kombination aus politik-, sozial- und kulturhistorischen Ansätzen auf. Dabei ist es bemerkenswert, dass ausgerechnet Studien zu vormalig eindeutig auf einer Seite der Grenze verortbaren Themen, sei es die Bewegungs- und Parteiengeschichte, sei es die staatliche Kulturpolitik im Kalten Krieg oder sei es die Vergangenheitsbewältigung, ein tieferes Verständnis der sozialen Zusammenhänge in der deutschen Geschichte entwickeln. Viele dieser Studien widerlegen ein Geschichtsbild, in dem die DDR erst irregulär auftaucht und dann entweder als unerwartet mit der Bundesrepublik in Beziehung tretende Fremde oder schlicht als Herausforderung Westdeutschlands »auf dem Weg in die neue Moderne« vorkommt.¹⁶⁰ Ebenso bemerkenswert ist allerdings, dass Forschungen ausgerechnet zu thematisch unfraglich grenzüberschreitenden Themen wie der deutsch-deutschen Diplomatengeschichte oder auch der Migrationsgeschichte kaum Ansätze einer analytisch und narrativ integrierten Zeitgeschichte entwickeln. Eine Möglichkeit, dies aufzubrechen, scheint, wie in der Diplomatengeschichte demonstriert, wohl darin zu liegen, die asymmetrische Bilateralität der deutsch-deutschen Annäherung durch eine dritte Bezugsgröße wie einen anderen Staat oder eine internationale Institution zu erweitern. Diese methodische Triangulierung kann einen neuen Kontext der deutsch-deutschen Beziehungen schaffen und damit auch deren Interpretation variieren. Besonders jene Studien, die die deutsch-deutsche Geschichte explizit in die des Kalten Kriegs einpassen können, bieten Rollenmodelle für eine empirisch geprägte integrierte Nachkriegsgeschichte an. Gerade der grenzüberschreitende Blick ermöglicht es, Differenzen pointiert darzustellen.

Letztlich waren damit selbst die Grünen – um auf eine explizit nationalstaatsbedingte Parteigeschichte zu blicken – Ausdruck einer spezifischen Zeit, spezifischer Ängste und Hoffnungen, die aus der spezifischen deutsch-deutschen Konstellation im Kalten Krieg erwachsen. Ein Schlüssel zur integrierten Nachkriegsgeschichte, die Annäherung und Abgrenzung als Bestandteil einer Beziehungsgeschichte versteht, liegt also darin, von der Geschichte staatlicher Apparate auf die Geschichte sozialer und kultureller Phänomene umzublenden. Deutsch-deutsche Geschichte liegt damit nicht in den Gegenständen selbst, sondern in den an sie herangetragenen Fragestellungen. Dies verbindet die deutsche Zeitgeschichte mit zentralen Forderungen der transnationalen Forschung. Diese löst sich nicht vom methodologischen Nationalismus ab, indem sie ein nach wie vor nationalstaatlich gerahmtes Analyseinteresse durch die Hinzuziehung von außerhalb dieser Grenzen liegenden Bereichen erweitert, sondern indem sie sich neuen Untersuchungsebenen zuwendet, die systematisch quer zu den Nationalstaaten liegen.¹⁶¹ Ludger Pries verweist dabei auf Kategorien wie Biografien, Familie, Identitäten, Organisationen und Institutionen.¹⁶² Für die deutsch-deutsche Geschichte kann man dies durch Kategorien wie Emotionen (Ängste, Hoffnungen et cetera), Erinnerung und sicher auch die politische Internationalisierung erweitern.

160 Diese Grundtendenz äußert sich insbesondere an den notwendigen pragmatischen Entscheidungen der Schwerpunktsetzung in Einführungswerken. Vgl. zum Beispiel *Andreas Wirsching*, *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert*, München 2011, S. 95–98, 106 und 110f.

161 Für eine ausführlichere Darlegung vgl. *Frank Wolff*, *Neue Welten in der Neuen Welt. Die transnationale Geschichte des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes 1897–1947*, Köln/Weimar etc. 2014, S. 22–28.

162 *Ludger Pries*, *Die Transnationalisierung der sozialen Welt. Sozialräume jenseits von Nationalgesellschaften*, Frankfurt am Main 2008, S. 7.

Dieses Umblenden ist, wie viele der hier betrachteten Studien belegen, auch ein sehr ertragreicher Weg der Historiografie, den grundlegenden Unterschieden der Lebenserfahrungen in beiden deutschen Staaten dadurch auf die Schliche zu kommen, indem man quer zu den Staatswelten liegende Untersuchungseinheiten sorgfältig empirisch untersucht. Dies ermöglicht es auch, die zuvor lange an Legitimitätsfragen ausgerichteten komparativen Perspektiven über das kontrastierende hinaus als Bestandteile einer Erfahrungswelt zu erfassen, die Thomas Lindenberger instruktiv als *eine* Grenzregion im Kalten Krieg bezeichnet hat.¹⁶³ Dieser von vielen der vorgestellten Studien betriebene stille Wandel der deutschen Geschichte wendet sich damit ebenso von der an der Westintegration ausgerichteten »deutschen« Zeitgeschichte wie von einer am Aufarbeitungsauftrag orientierten DDR-Geschichte ab. Daraus eine Synthese zu entwickeln, bleibt eine offene Aufgabe mit äußerst kontroverser Potenzial. Denn, um abschließend erneut mit Thomas Brasch zu sprechen: Sämtliche Akteure – von einzelnen Individuen bis zu Staatenlenkern – waren gezwungen, die nach dem Zivilisationsbruch überhaupt verbleibenden Chancen der »kaputten« deutschen Nachkriegsgeschichte in einem geteilten, aber lebensweltlich verschränkten Sozialraum zu erkunden.¹⁶⁴

Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass sich viele der Studien, die sich in diesem Überblick als besonders innovativ erweisen, quer zu den an einer geteilten Geschichte ausgerichteten zeithistorischen wissenschaftlichen (Förder-)Strukturen bewegen. Wenn sie in der Gesamtschau eines vorschlagen, dann die Notwendigkeit, von jenem staatlich umgrenzt homogenisierenden Erfahrungsbegriff abzulassen, der Lebenswelten und damit auch historiografische Untersuchungsrahmen fest mit staatlichen Strukturen verknüpft. Es bedarf vielmehr eines stratifiziert grenzüberschreitenden Erfahrungsbegriffs, der die gesellschaftliche Komplementarität von Annäherung und Abgrenzung, von Nationalisierung und Internationalisierung und von Isolation und Kontakt in eine interdependente Geschichte eines hochgradig fragilen Zusammenhangs einbindet. Die Präsenz des Staats und seiner Grenzen wäre darin nicht der Ausgangspunkt der analytischen Sichtbegrenzung, sondern der durch Kultur und Gesellschaft zu erklärende Gegenstand. Der historische Handlungsraum einer deutsch-deutschen Geschichte kann damit nicht entlang der Mauer entworfen werden, sondern muss sich mit dem Faktum der Mauer in der Mitte einer geteilten Lebenswelt auseinandersetzen. Methodisch sollte sich die deutsche Zeitgeschichte den Logiken der Teilung entziehen, um sie analysieren zu können.

163 Lindenberger, *Divided, but not Disconnected*.

164 Vgl. Mettke, »Gleicher Abstand zur beiden Seiten«, S. 146.